

Nürnberg will Wandel

Jetzt ist die Zeit!

Für echte Klimapolitik



Jetzt ist die Zeit: Nürnberg will Wandel

Das klimapolitische Forderungspapier aus Nürnberg zur bayerischen Landtagswahl (und darüber hinaus)

(Executive Summary)

Überflutung der Nürnberger Innenstadt am 18. August, Sturm und tennisballgroße Hagelkörner in Südbayern nur zehn Tage später: Die Klimakrise zeigt immer deutlicher ihre lebensbedrohlichen und kostspieligen Folgen auf. Bayern wählt am 08. Oktober 2023 eine neue Regierung. Es ist Zeit, dass die Landtagsabgeordneten ihrer klimapolitischen Verantwortung gerecht werden. Aus diesem Anlass organisieren Nürnberger Bürger:innen erneut eine Dauerkundgebung und fordern:

1.) Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

Nur so werden Kommunen auch die nötige-kalkulierbar-verlässliche finanzielle Ausstattung erhalten (Konnexitätsprinzip).

2.) Öffentliches Bekenntnis und Einladung zum Klimaschutz durch Stadt- und Staatsregierung

Durch eine allgegenwärtige, unbefristete Öffentlichkeitskampagne, die Klimaschutz zum Teil des regulären Landes- und kommunalen Marketings macht, kommunizieren die politischen Verantwortungsträger ehrlich die Dringlichkeit, Notwendigkeit und Vorteile der sozial-ökologischen Transformation.

Die Stadt Nürnberg in Stadtrat, Verwaltung und Zivilgesellschaft hat seit 1990 vielfältige Anstrengungen unternommen, die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Dies zeigt die Anzahl an Bürgerinitiativen und -entscheiden ebenso wie die Anzahl an relevanten Stadtratsbeschlüssen.

Kommunen sind jedoch in ihrer Veränderungsbereitschaft ausgebremst. Bundes- und landespolitische Vorgaben lassen nach der Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben (Soziales, Bildung, Gesundheit...) nur noch wenig Geld für freiwilligen Klimaschutz übrig. Zugleich braucht es für die Mobilisierung breiter Mehrheiten in der Bevölkerung ein ehrliches und überzeugendes Bekenntnis der Regierenden und der Verwaltung zur drohenden Klimakatastrophe und der sozial-ökologischen Transformation.

Dabei sehen wir: Immer mehr Menschen sind bereit für Veränderung. Dies wurde etwa deutlich, als im Juni 2023 in Nürnberg während des Evangelischen Kirchentags mit dem Motto "Jetzt ist die Zeit" über 500 Menschen ihre Ängste und Sorgen sowie Hoffnungen und Visionen für ihre Städte und Gemeinschaften in einer "Klimabibel" niederschrieben. Diese Menschen bringen zum Ausdruck, dass uns die Zeit davon rennt, dass JETZT entscheidende Weichen gestellt werden müssen. Das gilt insbesondere in Bayern, welches bei der Transformation zurückliegt, obwohl es seit über 50 Jahren von einer Partei regiert wird, welche den christlichen Anspruch auf den Schutz der Schöpfung hoch hält.

Weil ein "Weiter-so" lebensfeindlich ist, wird vom 01. - 08. Oktober 2023 auf dem Sebalder Platz in Nürnberg für die oben genannten Forderungen demonstriert. Damit wird JETZT vor der Landtagswahl mit Politiker:innen und Stadtgesellschaft die Auseinandersetzung gesucht und Unterstützung eingeworben.

Inhaltsverzeichnis

Jetzt ist die Zeit: Nürnberg will Wandel!	2
Wege für effektive Klimapolitik.....	4
Nürnberg muss handeln 2.0	7
1. Mobilität.....	7
2. Energieversorgung.....	13
3. Stadtplanung und Bauwesen.....	15
4. Ökologie und Artenschutz	19
5. Ernährung	24
6. Konsum, begrenzte Ressourcen und Abfall.....	25
7. Stadtverwaltung, ihre Einrichtungen und Kommunalwirtschaft.....	28
8. Demokratie, Bildung, Zivilgesellschaft und Kirchen	31
9. Klimafolgenanpassung.....	33
10. Soziale Gerechtigkeit	35

Anmerkung der Redaktion:

Im folgenden Text sind handschriftlich verfasste Beiträge aus der „Klimabibel“ eingefügt, die die Perspektive des Lesers/der Leserin erweitern. Im Zuge des Kirchentags im Juni 23 in Nürnberg haben über 500 Menschen ihre Gedanken und Gefühle zur Klimakrise verschriftlicht.

Lasst uns gemeinsam demokratisch
Systeme verändern die uns nicht
weiter bringen
Mut, Energie und Tatkraft ist gefragt

Jetzt ist die Zeit: Nürnberg will Wandel!

Das klimapolitische Forderungspapier aus Nürnberg zur bayerischen Landtagswahl (und darüber hinaus)

Veränderung bedeutet nicht unbedingt was schlechtes. Also lasst uns uns so verändern, dass wir auch in Zukunft gut leben können. Und zwar alle und nicht nur die, die es sich leisten können.

Die menschengemachte Klimakrise schreitet weiterhin nahezu ungebremst voran. Dadurch verschlechtern sich kontinuierlich die Lebensbedingungen auf diesem Planeten, was die ärmeren und schwächeren Teile der Zivilisation am härtesten trifft und treffen wird. Der globale Süden leidet bereits seit mehreren Jahrzehnten existenziell unter den Folgen der Erderhitzung. Doch spüren auch die Menschen in Deutschland seit einigen Jahren die atmosphärischen Veränderungen mit all ihren Folgen am eigenen Leib und im eigenen Geldbeutel: In Nürnberg versanken am 18. August Teile der Innenstadt im Starkregen, andere Teile Bayerns wurden zehn Tage später durch Sturm und tennisballgroße Hagelstürme verwüstet.

Um die Klimakrise zu bremsen, muss das fossile Zeitalter beendet und eine neue Kultur des Zusammenlebens erlernt werden. Change is coming, if you like it or not. Entweder wir wandeln uns selbstbestimmt und frei hin zu einer zukunftsfähigen und lebenswerten Gesellschaftsform oder das Klima wandelt unvorhersehbar und gewaltsam die Verfügbarkeit unserer Lebensgrundlagen mit katastrophalen Folgen für unsere Zivilisation.

Doch noch haben wir die Wahl, was sich ändern soll: Wir selbst oder unsere Überlebensbedingungen. Eine zufällige Stichprobe unter Besuchern des Evangelischen Kirchentags vom Juni 2023 zeigt: Die Menschen in unserem Land sind bereit, den Wandel anzugehen. Menschen waren eingeladen, ihre Ängste, aber auch ihre Visionen und konkreten Vorschläge in eine "Klimabibel" einzutragen. Die über 500 Eintragungen eröffnen Einblicke in vorhandene Veränderungsbereitschaft, sehr passend zum Motto des Evangelischen Kirchentags "Jetzt ist die Zeit". Die Menschen haben auch sehr klare Vorstellungen, wo überall Wandel machbar und möglich ist, wenn denn die Rahmenbedingungen stimmen: Ernährung, Mobilität, Energie und vieles andere (siehe <https://klimabibel.de/>). Das bedeutet: Jetzt müssen, jetzt KÖNNEN wir ins Handeln kommen, gerade in einem Land, das seit über 50 Jahren von einer Partei regiert wird, die einen christlichen Anspruch zum Schutz der Schöpfung hat.

ich will dass der klimawandel besser wirt. Finh 8 Jahre 😊 aus Esslingen
Menschen, Tiere und Pflanzan müssen gut miteinander auskommen Emma 8 Jahre aus Wilsen (siehe.)

Auch die gegenwärtige bayerische Staatsregierung glänzte vor allem durch Ankündigungen und weniger durch Umsetzung und Verwirklichung, wie ein Vergleich zwischen den Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag und der Regierungsbilanz am Ende der Legislaturperiode nahelegt (https://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/Vortraege/2022-23/2303_Koalitionsvertrag.pdf). Mit Sicherheit kann gesagt werden: In Bayern sind Regierung und Politik in viel zu vielen Bereichen ganz und gar nicht auf dem Weg der sozial-ökologischen Transformation und werden den herausziehenden Herausforderungen nicht annähernd gerecht.

Dabei sind Verantwortungsträger:innen in Kommunen wie Nürnberg zur Transformation bereit. Dies zeigen zahlreiche Stadtratsbeschlüsse. Kommunen sind aber in ihrer Veränderungsbereitschaft ausgebremst durch bundes- und landespolitische rechtliche Vorgaben (10 H, Denkmalschutz....) sowie die Tatsache, dass nach Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben (Soziales, Bildung, Gesundheit...) nur noch wenig Geld für Klimaschutz übrigbleibt. Das muss sich ändern.

Eine wichtige Weichenstellung wird der 08. Oktober 2023 sein: Da wird in Bayern eine neue Regierung gewählt, welche notwendiger Weise ihre klimapolitischen Maßnahmen um ein Vielfaches verstärken und beschleunigen muss.

Aus diesem Anlass fordern wir:

A) Die Übertragung von Kompetenzen an Kommunen, damit Klimaschutz kommunale Pflichtaufgabe wird. Damit dies möglich wird, müssen rechtliche Rahmenbedingungen geändert und ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Ist aber Klimaschutz eine kommunale Pflichtaufgabe, erhalten Kommunen auch die nötige-kalkulierbar-verlässliche finanzielle Ausstattung (Konnexitätsprinzip). Diese Forderung war auch Gegenstand einer Resolution des Bayerischen Städtetags bei seiner Tagung im Juli 2022 (siehe https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Infobriefe/2022/IB_07_08.pdf). Und auch sonst pochen zunehmend Bürgermeister*innen darauf, dass die Staatsregierung schneller handelt bzw. Kommunen mehr Spielräume gibt, wie etwa die von 432 Bürgermeister*innen aller Parteien unterzeichnete Forderung nach der Beschleunigung der Energiewende (siehe <https://erfolgreich-erneuerbar.bayern/>).

B) Eine breite Öffentlichkeitskampagne zum Klimaschutz auf kommunaler sowie Landesebene. Um die Akzeptanz von Klimaschutz-Maßnahmen zu erhöhen und weite Teile der Gesellschaft zu erreichen, muss die Bevölkerung im Sinne einer ehrlichen und ernstgemeinten Krisenkommunikation aufgeklärt und mitgenommen werden. Dabei müssen beispielsweise Exekutive (Oberbürgermeister und Regierung) und Legislative (Stadtrat und Landtag) sich zur Dringlichkeit und Notwendigkeit sowie den Vorteilen umfassenden Klimaschutzanstrengungen bekennen und zum Mitmachen auffordern.

Jetzt ist die Zeit, damit Städte dürfen, was sie wollen. Wenn Städte wie Nürnberg mit den nötigen Mitteln ausgestattet sind, eigenverantwortlich handeln können und die eigene Bevölkerung durch von den Ambitionen und Visionen mit auf den Transformationsweg genommen wird, können lokal viele Maßnahmen angestoßen werden, welche schon lange auf der klimapolitischen Agenda stehen oder gar schon vom Stadtrat beschlossen wurden und der Umsetzung harren.

Deshalb lasst uns sichtbar machen, was uns vereint und was wir gemeinsam erreichen wollen: Der Wunsch nach einem gesellschaftlichen Wandel, um den Klimawandel zu stoppen und gerechte und menschliche Lebensgrundlagen auf unserem Planeten zu erhalten.

Wege für effektive Klimapolitik

Viele kleine Dinge können Großes bewirken.
Nur wir müssen anfangen, ansonst ist es zu spät. Wenn
wir für Kinder u. Kindeskiner die Welt erhalten wollen muß
→ Jetzt gehandelt werden !!!

Der im Juni 2023 veröffentlichte Statusbericht zu Klimaschutzaktivitäten der Stadt Nürnberg zeigt die großen Anstrengungen der Stadt und ihrer Tochterunternehmen beim Klimaschutz (https://www.nuernberg.de/imperia/md/klimaschutz/dokumente/stadt_nuernberg_2023_statusbericht_klimaschutz_final.pdf). Mit über 270 Einzelmaßnahmen hat sich der Stadtrat in den letzten Jahren viel Mühe gegeben, den selbst beschlossenen gerechten Beitrag zur Einhaltung des Pariser Abkommens zu leisten. Wir erkennen die Anstrengung und Leistung des Stadtrates sowie der Verwaltung an. Wir schließen uns jedoch auch den Worten der Umweltreferentin von Nürnberg, Britta Walthelm, an, die bei der Vorstellung des Berichts sagte: "... um die globalen Klimaschutzziele einzuhalten, muss Nürnberg mehr tun. Ich setze hier auf eine breite Unterstützung aus der Stadtgesellschaft." (https://www.nuernberg.de/presse/mitteilungen/presse_85429.html)

Die Basis dafür ist vorhanden:

Schon 2020 hat ein breites Bündnis für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ein ausführliches Forderungspapier vorgelegt, in dem sie 12 Maßnahmen als Notfallpaket vorschlägt (siehe „Nürnberg muss handeln“ Download unter: <https://klimabibel.de/wp-content/uploads/2023/03/Forderungskatalog-Nuernberg-muss-handeln.pdf>). Die Maßnahmen waren:

1. Sofortiger Ausbaustopp des Frankenschnellwegs
2. 365 Euro Ticket für alle ab sofort
3. Autofreie Innenstadt bis Ende 2020
4. Durchgehendes Radwegenetz bis 2026
5. Begegnungsplätze (z.B. Stadtgärten oder Spielplätze) statt Parkplätze, 20% der öffentlichen Parkplätze bis Ende 2020 umwandeln, danach: jährliche kontinuierliche Reduzierung.
6. Keine klimaschädlichen Wertanlagen
7. Nürnberg soll "Zero Waste" Stadt werden
8. Repräsentative Bürger:innenversammlung mit Vorschlagsrecht
9. Verpflichtende Ausstattung mit PV oder Begrünung bei Neubauten
11. Kommunale Einrichtung und Eigenbetriebe klimaneutral bis 2030
12. Nachhaltige Ernährung in städtischen Einrichtungen

Keine dieser Forderungen wurde (fristgerecht) erfüllt, vieles von dem, das auf den Weg gebracht wurde, wurde ausgebremst oder konnte wegen rechtlicher oder finanzieller Engpässe nicht umgesetzt werden.

Zugleich setzen sich immer mehr Akteur:innen für einen gesellschaftlichen Wandel ein und arbeiten zu effektiven klimapolitischen Maßnahmen. Von Seiten der Stadtgesellschaft kommen seit Jahren viele Forderungen nach dem genannten "mehr tun". Der folgende Teil beleuchtet die seinerzeit geforderten Maßnahmen und ihre Aktualität, zeigt, was sich seither getan hat und wo nach wie vor Defizite liegen. Dabei kommen eine Vielzahl von klimabewegten Akteur:innen mit ihren Projekten zu Wort und stellen den Vorschlägen die Sorgen und Ideen aus der Zivilbevölkerung zur Seite.

Das Redaktionsteam stellt mit dazwischen gestellten Überleitungen und Erklärungen Verknüpfungen zwischen Handlungsfeldern zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit her. Wir verwenden die Gliederungspunkte:

1. Mobilität
2. Energieversorgung
3. Stadtplanung und Bauwesen
4. Ökologie und Artenschutz
5. Ernährung
6. Konsum, begrenzte Ressourcen und Abfall
7. Stadtverwaltung, ihre Einrichtungen und Kommunalwirtschaft
8. Demokratie, Bildung, Zivilgesellschaft, Sport und Kirchen
9. Klimafolgenanpassung
10. Soziale Gerechtigkeit, auch global

Die in der Erstauflage von „Nürnberg muss handeln“ gesammelten detaillierten Forderungen für diese Handlungsfelder sind weitgehend unverändert dringend und erwarten ihre Umsetzung. In der hier präsentierten Aktualisierung "Nürnberg muss handeln 2.0", stellen wir weniger, dafür detaillierter hergeleitete Forderungen von einzelnen Autor:innen vor. Diese Menschen haben sich meist schon Jahre mit diesen Herausforderungen beschäftigt und bringen ihre Erfahrung und Emotionalität zum Thema ein.

Auch das hier vorgelegte Papier zeigt: Die Stadtgesellschaft ist bereit, mehr zu tun. Nun liegt es an den Entscheidungsträger:innen auf Landes- und kommunaler Ebene, das zu ermöglichen.
Nürnberg will den Wandel!

Also habt Mut, ihr Verantwortlichen,
und richtet euch nicht nach dem immer
schimpfenden Teil der Bevölkerung!

Ich träume ...

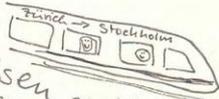
... ein Stück Garten für jede*u



... viel Platz für Menschen in den Städten (statt für Autos-Beton-Strassen)



... Reisen mit dem Zug: überallhin!



... (freiwilliger) Verzicht auf (zuviel) Fleisch, unnötige Flüge, ... übermäßigen Konsum, ...



... Lösungen für Menschen, deren Klimat unbewohnbar geworden ist - offene Türen bei uns!

... bessere Verbindungen für Menschen in Dörfern - und gute alternative Ideen



... und wovon träumst Du?

LAI



Ich wünsche mir:

- keine Kohle mehr verbrennen
- Ich möchte mehr Klimadutz
- Mehr Elektroautos - wenn die Produktion sauber (!) läuft und Batterien umweltgerecht entsorgt werden können. Und die Arbeitsbedingungen für die Lithium-Schürfung stimmen!
- Zuverlässigen Öffentlichen Nahverkehr!

LAKS

Nürnberg muss handeln 2.0

1. Mobilität

In den Jahren 2019/20 kämpften viele Gruppen und manche Parteien für das sogenannte 365€ Ticket. Inwieweit wurde diese Hoffnung im Jahr 2023 mit dem Deutschland Ticket erfüllt?

„365€ Ticket für alle ab sofort – so lautete die Forderung im Jahr 2020“

Von Norbert Dischinger, VCD Mitglied

Wir sind so weit gekommen. Zwei erfolgreichen Bürgerbegehren, der Stadtrat und der Oberbürgermeister hatten zugestimmt. Und dann das Aus? Nicht ganz: Das Deutschland-Ticket gilt ab 1.5.23 für zunächst 49€/Monat - also 50% teurer, jedoch mit deutschlandweiter Gültigkeit. Das Angebot richtet sich an alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort und ihrem Reiseverhalten. Damit erhofft sich die Politik und die Umweltbewegung, mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV und zum Verzicht der Kfz-Nutzung zu bewegen. Langfristig, so die Hoffnung, geben mehr Menschen ihr Eigentum an einem Kfz auf und reduzieren so auch den Flächenverbrauch durch stehende Kfz. Der ÖPNV, lokal und überregional, weist eine bessere Klimabilanz und einen geringeren ökologischen Fussabdruck auf (Materialverzehr, Flächenbedarf, Gefährdung Dritter). Bund und Länder finanzieren das Ticket. Das ist gut so.

Unsere Forderung

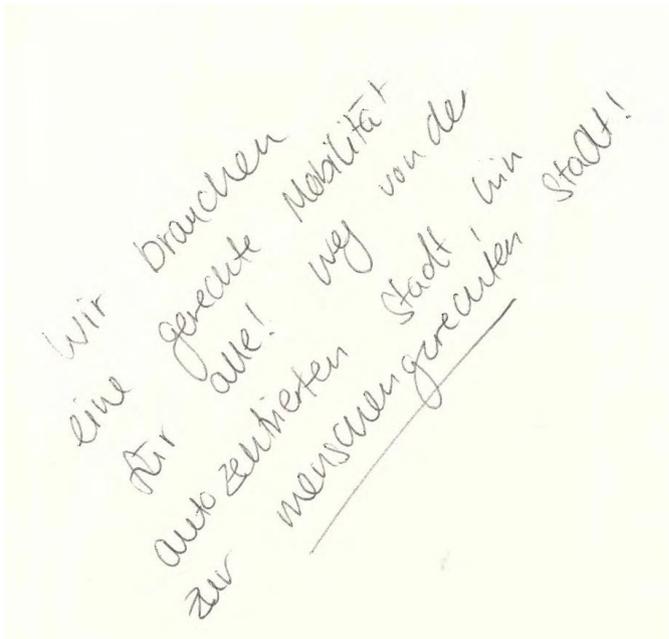
Jetzt sind die ÖPNV-Anbieter gefordert, ihre Angebote beschleunigt zu verbessern, also auch auszubauen, um der bereits eingetretenen zusätzlichen Nachfrage gerecht zu werden und noch mehr Menschen zum Umstieg zu gewinnen oder ihnen diesen erst zu ermöglichen (Netzausbau).

In erster Linie werden durch diese Maßnahme die öffentlichen Haushalte belastet, aber auch Anwohner in Einfamilienhaussiedlungen, die sich gegen öffentlichen Verkehr in ihrer Straße wehren (Lärm, Abneigung, Platz für Haltestelle statt Parkplatz). Einzelne Reisezeiten könnten sich im ÖPNV gegenüber der Pkw Nutzung verlängern. Dafür gewinnt man Zeit zum Lesen, Reden, Träumen. Den Egoisten der Stadtrandsiedler und Einpendler stehen große Wohlfahrtsgewinne durch weniger Belastungen für die Mehrheit der Stadtgesellschaft gegenüber: Besseres Angebot, keine Gedanken mehr über den richtigen Fahrschein, und auch Anreiz, mehr gemeinsam zu unternehmen.

Es ist klar, dass ein solches Flatrate-Angebot immer auch zu Fehlanreizen führt (Übernutzung, siehe gratis Autobahn in D im Vergleich zu F). Jedoch sind wir angesichts der Dominanz des Pkw-Verkehrs und seiner negativen Nebenwirkungen noch so weit weg von einer Übernutzung des ÖPNV im Alltag, dass hier so bald keine Gefahr droht. Dabei kann die Politik über den Fahrpreis jederzeit einfach regulierend eingreifen, die Netze verlängern und verästeln und auch die Kapazität ausbauen. Jetzt gilt es, das Angebot zu verbessern, um die nachhaltige Verlagerung der Alltagsmobilität auf den ÖPNV sicherzustellen.

Was kann ich tun?

- Einen Selbstversuch mit dem 49€ Ticket unternehmen und andere Menschen auch dazu einladen
- Mit überlegen, was für mich emissionsarme saubere Mobilität Wert ist
- Angebotsdefizite im ÖPNV durch Briefe an „meine“ Stadträt:in aufzeigen



Mobilität und Lebensqualität hängen eng zusammen: Das eine beeinträchtigt das andere und bedingt es auch. Wie finden wir die richtige Balance? Und wie erhalten wir dabei unsere natürlichen Lebensgrundlagen?

„Autofreie Innenstadt bis Ende 2020“ – das war eine zu utopische Forderung, also neuer Anlauf!

Samuel Barth, autofrei leben e.V., Träger des Bürgerbegehrens Nürnberg autofrei

Bleibt es ein Traum? Die Pkw Dichte (Pkw je Einwohner) nimmt auch in Nürnberg weiter zu, schneller als die Anzahl Einwohner. Die für den stehenden und rollenden Verkehr verfügbaren Flächen werden durch Wohnbau und andere Maßnahme kleiner. Flächen vermehren sich nicht. Unter die Erde will niemand. Es kommt also zu mehr Stau und längeren Wegezeiten. Die Antriebswende (Elektro statt Verbrenner) löst dieses Problem nicht. Betroffen sind alle Einwohner und Einpendler Nürnbergs. Die Handelnden sind in erster Linie die Autofahrer:innen, aber auch die Politik und die Verkehrsplanung als Teil des Baureferates.

Warum dürfen auch im Hitzesommer Verbrennungsmotoren in die Stadt einfahren, wenn Hitznotstand herrscht - und diese dann noch mehr aufheizen?

Der Autoverkehr in der Innenstadt muss reduziert werden, um Flächen für mehr Lebensqualität, Grün, Frischluft aber auch die wirklich gebundenen Kfz-Nutzer freizumachen.

Das Projekt „Nürnberg autofrei“ adressiert diese Notlage, indem es per Bürgerbegehren den Stadtrat auffordert, sich intensiver mit dem innerstädtischen Kfz-Verkehr zu beschäftigen und ihm konkret Maßnahmen der Parkflächenreduktion vorschlägt, wie auch der Verbesserung des ÖPNV-Zugangs. Auch der Radentscheid adressiert indirekt und nun direkt über den Mobilitätspakt das Ziel, Autos aus der Innenstadt zu verdrängen.

Insgesamt fehlt es noch an der Bereitschaft, Transparenz über die heutige und zukünftige Verteilung der knappen Verkehrsfläche herzustellen. Selbstverständlich müssen die Bedürfnisse der Fußgänger oberste Priorität genießen, wovon wir weit entfernt sind. Die Straßenverkehrsordnung zementiert das Vorrecht des Kfz-Nutzers vor den nicht motorisierten Verkehrsteilnehmers. Wer will und braucht das noch?

Forderungen von „Nürnberg autofrei“

Andere Städte zeigen, wie es besser geht, das Ziel „Verkehrswende“ lokal erreicht wird und welche Lasten damit verbunden sind: Umwidmung von konventionellen Fahrspuren in Rad- und Fußwege, ÖPNV-Spuren oder auch Grünstreifen. Rückbau von Zweirichtungsfahrbahnen in einspurige Einbahnstraßen, Quartiersparkplätze statt zugeparkter Wohnstraßen etc.

Anwohner und Passanten profitieren von der Neuverteilung der Verkehrsflächen, aber auch wirklich bevorrechtigte motorisierte Verkehre. Eine CO₂ Abgabe oder eine City-Maut regeln es über die Kaufkraft, was angesichts der hochindividuellen Rechtfertigungen der Kfz-Nutzung sich nur in sehr homogenen Stadtgesellschaften (z.B. Kopenhagen, Stockholm, Oslo) vertreten lässt. In Nürnberg haben über 30% der Haushalte kein Kfz. Sie wollen nicht weiter vertröstet werden in ihrer Erwartung attraktiverer Lebensbedingungen. Soziale Ausgewogenheit erfordert Regeln, Verbote, Kontrollen und Ordnungsgelder, nicht aber das anmaßende Recht des Stärkeren oder Reicheren, sich den öffentlichen Stadtraum zu unterwerfen.

Mit dem Blick des Mobilitätsforschers Dr. Weert Canzler am 19.9.23 im CPH: Erst wenn Kinder wieder vor ihrer Tür, wo sie wohnen, auf der Straße Fußball spielen können, haben wir wieder eine Chance, Weltmeister zu werden.

Die Stadt gehört uns allen!

Was kann ich tun?

- Frag Menschen, die ohne Auto leben, nach ihren Erfahrungen
- Mach den Selbstversuch „4 Wochen ohne“, blicke dann zurück auf deine Erfahrungen und hinaus in unsere Zukunft. Was ist dir wichtiger?
- Mach dein Einkommen nicht von der Automobilindustrie abhängig und unterwirf ihr nicht dein Leben. Das ist gar nicht so einfach, aber auch das haben schon viele Menschen geschafft.
- Beschwerde dich über die Zumutungen im öffentlichen Raum bei den kommunalen Stellen und deinen Stadträt*innen: Falschparker, Drängler, Raser und verhalte dich besser
- Suche Verbündete und engagiere dich in einer verkehrspolitischen Organisation

Gibt den öffentlichen Raum den Stadtbewohners:innen zurück! Menschen brauchen, im Gegensatz zu Autos, keine zubetonierten Flächen. Schafft grüne Aufenthaltsräume, an denen Gemeinschaft stattfinden kann. Stattet den ÖR mit Möbeln aus, die Menschen brauchen: Trinkbrunnen, Bänke, Bäume ... dann kommt das Interesse an der klimagerechten Mitgestaltung von selbst.

Mobilitätslösungen und wie wir sie nutzen, haben einen großen Einfluss auf unsere Energienachfrage. Die Energiepreise und daraus entstehende Fahrkosten für unterschiedliche Verkehrsmittel motivieren uns, die verschiedenen Verkehrsmittel unterschiedlich intensiv zu nutzen. Warum ist Flugbenzin immer noch steuerbefreit und kurbelt damit den Massentourismus in ferne Länder an? Wäre Flugbenzin regulär besteuert, gäbe es dann die Nachfrage am Nürnberger Flughafen noch?

Aber nicht nur die Energiepreise, auch die Gehälter im ÖPNV haben einen Einfluss auf seine Attraktivität. ÖPNV ist personalintensiv und noch lange nicht "fahrerlos", von der Werkstatt ganz zu schweigen. Diesen Aspekt nimmt die folgende Forderung in den Blick.

Tarifpolitik für die Mobilitätswende durch Aufwertung der Berufe im ÖPNV, anstatt ausfallende Busse mangels Personals

von Hans-Werner Kreuzer, Mitglied der Verhandlungskommission TV-N und Vertrauensleute
Sprecher Werkstatt

Heute stehen Klimaschutzverbände, Gewerkschaften und Bürger:innen endlich zusammen, weil Sie wissen welche Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen und welche zentrale Bedeutung hierbei der ÖPNV spielt.

1933 hat man mit der Charta von Athen beschlossen, die Städte autogerecht umzubauen. Heute, hundert Jahre später müssen wir umdenken. Doch wie finanzieren?

Nehmen wir unseren Frankenschnellweg. Seit Jahrzehnten wird über den Ausbau gestritten und mit hohen Subventionen eine Infrastruktur aufrechterhalten, die nicht mehr zeitgemäß ist. Ist es nicht intelligenter diese Gelder in einen ÖPNV zu investieren, der den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird und den alle nutzen können.

Städte müssen wieder zu Orten werden, in den die Bürger und Bürgerinnen im Mittelpunkt stehen und sich wohlfühlen. Hier ist der ÖPNV-Teil der Lösung. Wie wichtig der ÖPNV und Innovationen sind, sieht man an Städten wie Vancouver, Kopenhagen und Singapur: Städte, die das Zukunftspotenzial des ÖPNV und des Klimaschutzes für sich entdeckt und mit dem Umbau längst begonnen haben.

Seit 2006 wurde im ÖPNV massiv gespart. Die Parole der Politik, 20 % müssen gespart werden. Diese 20 % wurden auf Kosten der Arbeiter:innen und Kund:innen gespart und das bei steigenden Fahrgastzahlen. Darunter leiden wir alle heute: Kaputt gespart!

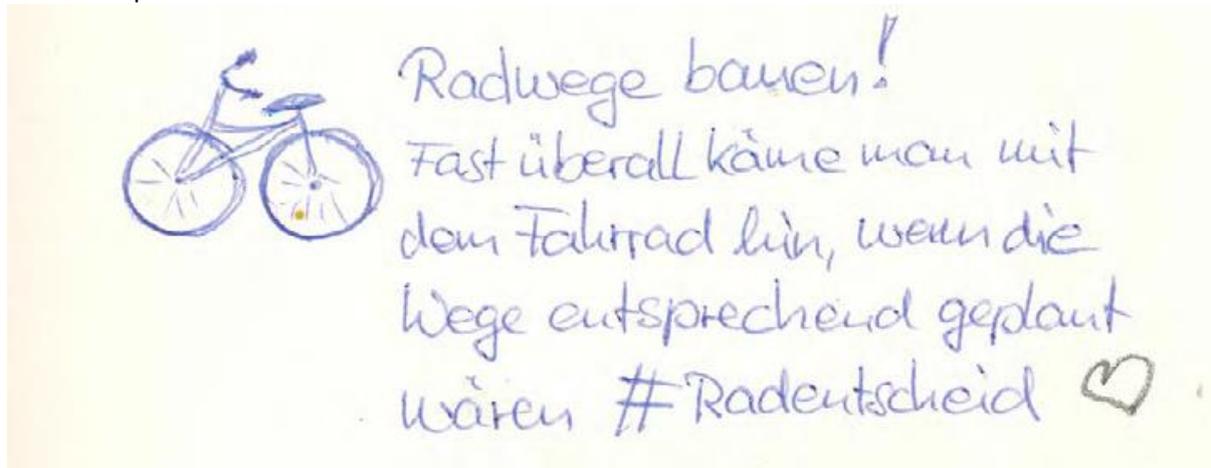
Eine marode Infrastruktur, fehlende Mitarbeiter und ausgedünnte Takte sind das Ergebnis dieser Sparpolitik. Es gibt einfach Bereiche, die den Markt nicht ausgesetzt werden dürfen, Krankenhäuser, Energie und der ÖPNV dürfen nicht nur unter kapitalistischen Bedingungen gesehen werden. Sondern müssen dem Gemeinwohl dienen.

Deshalb unser dringender Appell an die Arbeitgeber:innen und Kommunalpolitiker:innen:

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, lasst uns diese als Chance sehen und mit dem Umbau der Städte und Ausbau des ÖPNV beginnen, zum Wohle aller.

Was kann ich tun?

- Trete einer Gewerkschaft bei und setze dich dort für eine Tarifpolitik ein, die sich an den Belangen des Klimaschutzes orientiert
- Bringe den dienenden Berufen mehr Wertschätzung entgegen: Der ÖPNV gehört uns allen, auch dir
- Wähle Parteien, die Klimaschutz und Arbeitnehmerinteressen verbinden, statt sich Kapitalinteressen unterzuordnen



Mobilität ist auch eine persönliche Ausdrucksform: Radfahren oder Flanieren ist, wie sich auf dem Laufsteg präsentieren. Individueller geht es nicht, mehr Style und Kombination ist schwer vorstellbar. Was ist schon ein Heckspoiler im Vergleich zu Madame auf dem Hollandrad oder der Schrauber auf seinem Liegerad? Doch es bleibt viel zu tun, damit wir das Glück dieser Erde im Fahrradsattel erleben - ohne unter die Räder zu kommen. Zum Glück gibt es viele Menschen, die sich dafür engagieren und es werden immer mehr.

Das Fahrrad endlich als das anerkennen, was es ist: das nachhaltige Fortbewegungsmittel der Zukunft. Darum: Gute Wege für alle und mehr Platz fürs Rad.

von Markus Stipp, ADFC/Radentscheid

Das Straßenverkehrsgesetz in Deutschland ist ein Uralt-Gesetz aus der Kaiserzeit, zu der es noch keine elektronischen Ampeln gab und Frauen noch nicht wählen durften. 1907 wurden die mittlerweile veralteten Grundzüge des Straßenverkehrsrechts formuliert. Oberste Priorität hat seither der Autoverkehr und das sieht man gut in Nürnberg, der autogerechten Stadt.

Die Verkehrsplanung: 2020 haben 26.000 Nürnberger*innen für den Radentscheid unterschrieben und damit ein deutliches Zeichen für die Verkehrswende gesetzt. Aufgegangen ist der Radentscheid im Januar 2021 im Mobilitätsbeschluss des Stadtrats. Als Grundlage jeder Verkehrsplanung sieht der Beschluss die Begünstigung von Radverkehr, ÖPNV und Fußverkehr vor. Den Beschluss gilt es umzusetzen.

Es geht um die Verkehrswende in Nürnberg mit Gleichberechtigung für alle Verkehrsteilnehmenden, mehr Platz fürs Rad und die Menschen und immer weniger Platz für parkende Autos in der Stadt. Zunehmend gute Wege und den Altstadtring für Radfahrende bis zur Urbanen Gartenschau 2030. Und kurzfristig? Auf Radwegen parkende Autolenker*innen oder solche, die als Falschparkende damit Kinder gefährden und Fußgänger*innen bedrängen, durch empfindliche Geldstrafen von ihrem Tun abbringen.

Das gibt es nicht umsonst: Steuerfinanzierte Mehrausgaben für Rad- und Fußwege und den öffentlichen Nahverkehr, umfangreicher Umbau der städtischen Infrastruktur mit jeder Menge großer Baustellen.

Doch wir alle haben etwas davon: Null Verkehrstote. Null Emissionen. Gesundere Menschen durch Bewegung. Weniger Kosten für die Behandlung von Krankheiten im Kontext von Bewegungsmangel.

Jetzt gilt es abzuwägen und die Weichen für die Zukunft zu stellen: Gesundheit und Sicherheit für alle stehen weniger Parkplätzen und Straßenraum für Automobilnutzende gegenüber. Das sollte es uns wert sein.

Was kann ich tun?

- Lass dich nicht ab- und verdrängen - der öffentliche Raum gehört allen, auch denen ohne Auspuff
- Nimm an den Demonstrationen der Umweltverbände (ADFC, VCD, BUND, Fuss, autofrei leben) teil und erobere dir den öffentlichen Raum zurück
- Weise deine Stadträtinnen auf die Problempunkte in deiner Straße hin
- Verteile Aufkleber "Du parkst egoistisch" etc.

Dieses erste Kapitel hat gezeigt, wie wichtig Mobilität für uns in unserem Alltag ist. Manchmal ist es angesichts der täglichen Staus, Blechlawinen, zugeparkten Wege und schlechter Luft zum Verzweifeln. Aber die sich hier zu Wort gemeldeten Verbände machen uns allen mit ihren Aktionen Hoffnung, dass sich unser Autoland ändern wird, denn sonst sind wir zum Untergang im Verkehrskollaps verdammt.

Befreiung
überfüllten
unserer städtische
Straßen

Vom "ruhenden" Verkehr

=> Platz schaffen

für Menschen
für Entsiegelung &
für Begrünung

2. Energieversorgung

In Nürnberg und seinem Umland ist die „n-ergie Netz“ für den Betrieb von Strom-, Gas-, (Fern)Wärme- und Wassernetz zuständig. Das eigentliche Kundengeschäft betreibt die n-ergie (ohne „Netz“), um die gesetzlich geforderte Trennung von Netz und Vertrieb zu erfüllen. Die n-ergie hat über ihre Einkaufs-, Vertriebs- und Investitionspolitik einen großen Einfluss auf die lokale und regionale Energieversorgung. Sie ist der größte Akteur im Energiemarkt in Nürnberg. Darum lohnt es sich dort genauer hinzuschauen und „das schon immer so Gewesene“ zu hinterfragen.

Quo vadis N-ERGIE: Neustart Richtung echtem Klimaschutz?

von Peter Mühlenbrock/Energiewendebündnis

Die N-ERGIE ist aus der Fusion der früheren EWAG und des FÜW entstanden. Sie gehört mit knapp 3 Milliarden Euro Umsatz zu den großen deutschen Energieversorgungsunternehmen und liefert einen Großteil des in Nürnberg verkauften Stroms, des Erdgases und der Fernwärme. Die Stadt Nürnberg hält aktuell einen 60% Anteil am Unternehmen.

Beim Strom erzeugt die N-ERGIE gerade mal 1% des Gesamtabsatzes in ihr gehörenden Erneuerbaren-Energie (EE) Anlagen und ist damit eines der Schlusslichter im Land. Zum Vergleich: Dank Druck seitens der Stadtpolitik liegen die Stadtwerke München bei dem 15-fachen. Nicht täuschen lassen darf man sich vom Marketingspruch "100% Ökostrom für alle Privatkunden", da es sich hierbei nur um Zertifikate handelt. Ein Nullsummenspiel also, das zu keinem Gramm weniger CO₂ führt.

Geschäftsmodell vor dem Aus?

Das einseitige Setzen der N-ERGIE auf Erdgas hat Konsequenzen: Erdgas hat mittelfristig keine Zukunft und Investitionen in die Verteilnetze müssen schneller abgeschrieben werden als es die technische Lebenszeit erwarten lassen würde. Zwar ließe sich Wasserstoff auch durch vorhandene Erdgasleitungen verteilen, allerdings wird grüner Wasserstoff bedingt durch nicht konkurrenzfähige Erzeugungskosten im Wärmebereich keine Option sein. Bei der Fernwärme, die zu zwei Dritteln noch auf Erdgas beruht, gibt es mit Antritt des neuen Vorstandschefs die ersten zarten Ideen zur Decarbonisierung: So soll das Geothermiepotential geprüft werden und Abwärme mittels Wärmepumpen besser genutzt werden.

Von fossilen Brennstoffen zum Strom

Wärmepumpen verdrängen Erdgas, Strom verdrängt Benzin und Diesel: Es ist klar, der Stromverbrauch muss und wird auf Kosten fossiler Brennstoffe massiv zunehmen. Und hier zeigt sich bereits heute ein Problem:

Das Verteilnetz – Der Engpass

Die N-ERGIE ist einer der drei großen Verteilnetzbetreiber in Bayern. Mit Verteilnetz ist der Teil des Stromnetzes gemeint, der zur regionalen Belieferung mit Strom dient, also alles bis zu einer Spannungsebene von 110 kV.

Dieses Netz ist heute bereits der Engpass, wenn es insbesondere um den Anschluss großer Photovoltaikanlagen (PV) geht. Bestehende Anlagen müssen teilweise abgeregelt werden, weil das Netz „verstopft ist“, neue können nicht angeschlossen werden. Mit einem Mix aus moderner Technik wie regelbaren Ortsnetztransformatoren und einem Ausbau der Leitungen muss dieses Problem angegangen werden. Bisher passiert da sehr viel zu wenig, um mit den Erfordernissen einer 100% EE Versorgung Schritt zu halten.

Was ist also zu tun:

- Massiver Ausbau des Verteilnetzes
- Starker Ausbau der eigenen EE-, also vor allem Wind- und PV Anlagen
- Nutzung von Abwärme, Geothermie und Solarwärme für Fernwärme
- Bei Neubaugebieten der Einsatz von „kalter Nahwärme“, Beispiel Kornburg.

Exkurs: Der Nürnberger Stadtrat und die N-ERGIE

Seit über 30 Jahren überlässt der Stadtrat im Wesentlichen die Energiepolitik. Im Unterschied zu München, wo der Stadtrat den Stadtwerken klare Vorgaben gemacht hat, verzichtet Nürnberg bisher darauf. Die Folgen für den Klimaschutz sind desaströs. Keine Ziele, kein Plan, kein Fortschritt. Bei einem Weiter-so wird Nürnberg die Klimaschutzziele krachend verfehlen. Dabei ist die N-ERGIE eigentlich ein ideales Instrument für den kommunalen Klimaschutz: technische Kompetenz, große und vielfältige Kundenstruktur, Eigentümerschaft und Finanzkraft bieten einen perfekten Hebel, um kommunalen Klimaschutz zu gestalten. Der Stadtrat muss sich endlich bewusstwerden, dass er mit der N-ERGIE das einzige in großem Maßstab wirksame Instrument für Klimaschutz in der eigenen Hand hat. Er muss es nur endlich nutzen.

Was kann ich tun?

- „Balkon-PV“ installieren und damit meinen Willen nach energiepolitischer Veränderung sichtbar machen
- Zu einem wirklich „erneuerbar“ produzierenden oder einkaufenden Versorger wechseln
- Meine Erwartungen der N-ergie und ihren Aufsichtsräten per Brief mitteilen

Lasst uns das Handeln selbst in die Hand nehmen, lasst uns (wieder) mehr Druck machen aus der Zivilgesellschaft.

Die letzten dreißig Jahre hat der niedrige Preis für das fossile Erdgas unser Leben bestimmt: Billiges Gas aus Russland erlaubte es uns, im Winter günstig im Warmen zu leben - auch ohne unsere Häuser zu isolieren. Benzin ist günstiger als Mineralwasser und es "lohnt" sich darum, mit dem Pkw Wasser holen zu fahren? So war das in unserem Land. Damit scheint es vorbei zu sein.

Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer hatte gesagt, "Nennt mir euren Benzinpreis und ich sage euch, wie ihr eure Landschaft zersiedelt". Gilt das auch für unsere Stadtplanung? Wie wollen wir in der Stadt Nürnberg leben, was macht das Gute Leben in der Stadt aus?

3. Stadtplanung und Bauwesen

Bauen - wofür? Was ist "Wohnungsnot"? Haben wir zu wenig Wohnungen oder zu wenig Wohnfläche? Die Wohnfläche je Einwohner ist jahrelang gestiegen, die Trendwende brachten erst die hohen Baupreise.

Die Baubranche ist noch weit mehr für den CO₂-Ausstoß verantwortlich als der Bereich Verkehr, natürlich auch, weil so viele neue Straßen und Verkehrswege mit aufwendigen Brücken und Tunneln gebaut werden.

In Deutschland ist Bau und Nutzung von Gebäuden für etwa 30 % der Emissionen verantwortlich. Die derzeit etwa 8% der deutschen Treibhausgas-Emissionen, die allein durch die Herstellung von Baustoffen für die Errichtung und Modernisierung von Gebäuden verursacht werden, sind so hoch wie die durchschnittlichen CO₂- Emissionen, die durch den Flugverkehr aller Deutschen verursacht werden.

Wie können Bauen und Klimaschutz versöhnt werden?

von Brigitte Sesselmann, Baulust e.V.

Wie können der Bausektor und die Stadtplanung mehr zum Klimaschutz beitragen? Wie lässt sich der Wandel anstoßen?

Es sind mehrere Punkte, weshalb wir zu einer radikalen Wende im Bereich der Stadtentwicklung kommen müssen:

1. Die enorme Flächeninanspruchnahme und damit vor allem Versiegelung unserer Umwelt und Landschaften muss drastisch reduziert werden
2. Die immensen Emissionen, die durch das Bauen verursacht werden und damit einen hohen Beitrag zur fortschreitenden Klimakrise - 40% aller Treibhausgasemissionen werden in Deutschland durch den Gebäudesektor verantwortet und 55% des Abfalls durch die Baubranche
3. Die Beeinträchtigung der gesamten Biodiversität und Natur durch schädliche, nicht oder nur schwer recycelbare Baustoffe (Asbest, PVC, PU-Schaum, Gips, Faserbeton,...)
4. Die anhaltende Monocodierung sowohl in der städtischen Planung (Funktionstrennungen) als auch in der Landwirtschaft verschärft die Situation immer weiter
5. Ein „grünes Wachstum“ ist eine Illusion; wenn wir nur auf den Sektor Energie schauen und auf den reinen Ersatz fossiler Energie durch erneuerbaren Strom setzen, laufen wir in ein kurzfristiges wirtschaftliches Desaster (Buchempfehlung von Ulrike Herrmann - Das Ende des Kapitalismus)

Darum unsere **Forderungen an die Politik**

Wir brauchen Visionen - wie den Stadtkanal - Welche hat unser Stadtrat?

Wir müssen den Bestand kreativ transformieren und brauchen Mut zur Veränderung

Keinen Abriss mehr, nur wenn wirklich besseres entsteht, kreislaufwirtschaftsorientiert und nachgewiesen ohne CO₂ Belastung

(Quelle: Ressource Fläche - wie wir damit umgehen, 2. Stadtkanalkongress 23. September 2023)

Konkrete Forderungen an die Kommunalpolitik:

- Abrissgenehmigungen wieder einführen und erst wenn Baugenehmigung vorliegt
- Gesetz zum Nachhaltigen Bauen analog Skand. Länder
- Anbindegebot - kein Bauen in die freie Landschaft, Verdichtung mit Augenmaß
- Funktionsmischungen fördern - Gesetze ändern
- Ökobilanz bei Neubauten einfordern und in Flächenvergabeentscheidungen aufnehmen
- Wiederverwenden v. Baustoffen
- Steuer- und Subventionspolitik mit Vorrang Bestand

Das wird erst einmal Mehrkosten verursachen und die Bauaktivität dämpfen, doch die Kosten in die Zukunft zu verlagern ist auch keine Lösung (siehe z.B. Asbest-Entsorgung).

Was kann ich tun?

- Meinen Wohnraumbedarf hinterfragen
- Die Strukturen im Quartier unterstützen, statt am Stadtrand das Einkaufserlebnis und die vermeintliche Einsparung zu suchen
- Nachbarschaftsinitiativen, Straßenfeste und Flächenentsiegelung unterstützen und vom Stadtrat einfordern
- Zur Erhaltung von alter Bausubstanz beitragen

Machet Euch die Erde untertan war gestern!
 Es braucht politische Entscheidungen.
 E. F. H. J.

“Das Auto”, sein Besitz und seine Nutzung hat über die Stellplatzverordnung einen immensen Einfluss auf die Art wie wir bauen: Am Stadtrand Doppelgaragen größer als die Kinderzimmer, in der Stadt mehrgeschossige Tiefgaragen und alles, was dazu gehört. Unsere mittelalterlich geprägte Innenstadt und seine Bewohner leiden, doch auch die von den Autobahnen eingeschnürten Stadtrandsiedlungen. Jeder kennt sie, die verheißungsvollen Immobilienanzeigen “Verkehrsgünstige Lage”. Das muss nicht so bleiben, wie die folgende Intervention erklärt.

“Nürnberg” und seine Verkehrsplaner müssen sich immer noch anstrengen, damit in Problembereichen die Luftschadstoffgrenzwerte eingehalten werden. Es mangelt an Frischluftschneisen, Grünanlagen mit Regenerations- und Luftbefeuchtungsfunktion und dann ist da noch der motorisierte Verkehr.

Wie soll das nur weiter gehen? Wegziehen? Auf Kinder verzichten? Flucht durch Fernreisen? Lasst uns nicht davonlaufen, sondern das Heft in die Hand nehmen und die durch unsere Großväter hausgemachten Probleme endlich lösen: Weg damit! Neues Denken, Utopie jetzt, gratis und für alle! Geht nicht, gilt nicht.

Wir fordern Sperrung und Rückbau der A73, "Frankenschnellweg"

Von Theobald Fuchs, Nürnberg-Fürther Stadtkanalverein N.F.S.K. e.V.

Der vollständige Rückbau quer durch die Stadt ist ein sofort wirksamer Baustein der Verkehrswende, aber darüber hinaus noch viel mehr. Schritt für Schritt entsteht auf der ehemaligen Trasse eine grüne Kanallandschaft mit Freiräumen für die ganze Gesellschaft.

Davon profitiert die gesamte Stadtbevölkerung: Verbesserung der Lebensqualität für alle. Stärkung der Wohnquartiere gegen die Klimaerwärmung.

Nürnberg braucht mehr Grünflächen, muss signifikant Böden entsiegeln, muss für Frischluftschneisen sorgen, muss für Kühlung der Quartiere sorgen, muss für Erholungsräume sorgen - hier würden **40 Hektar Fläche mitten durch die Stadt in vielerlei Hinsicht sofort eine gewaltige Verbesserung auslösen.**

Also, weniger verseuchte Luft, weniger überhitzte Straßen, weniger fehlende Parks,

Starkregenereignisse und versiegelte Flächen gehen alle etwas an. Wir setzen darauf, dass letzten Endes durch uns alle Politiker*innen gewählt werden, die ihrer Pflicht nachkommen und die für Nürnbergs Zukunft besten Entscheidungen treffen. Eine dieser Entscheidungen sollte aus unserer Sicht die Aufgabe einer Stadtautobahn und deren Rückwandlung in einen klimaresilienten Erholungs- und Aufenthaltsraum sein.

Wir setzen auf intensive Information der breiten Bevölkerung über die katastrophalen Nachteile der derzeitigen Nutzung und andererseits Aufklärung über die enormen Chancen und Vorteile einer neuen Nutzung. Bei den gewählten Politiker*innen soll die Überzeugung wachsen, dass der Stadtkanal eine der größten Chancen für eine lebenswerte Zukunft in Nürnberg ist. Wir besuchen mit unserem Infostand Straßen-, Vereins-, Stadtteil- und Kulturladenfeste, treffen uns mit den Fachausschüssen der lokalen Parteien, veranstalten im September zum zweiten Mal einen internationalen Stadtkanalkongress, gehen mit Anträgen in den Stadtrat, bespielen die Sozialen Medien, vernetzen uns mit gleichgesinnten Akteur*innen.

Das kostet uns alle nichts! Kein Witz: Eine Kanallandschaft wird nur einen Bruchteil des geplanten Autobahnausbaus kosten, denn die großräumige Umfahrung Nürnbergs ist in Folge massiver Autobahnbauten seit Jahren möglich, die Verkehrswende braucht genau solche Maßnahmen, da auch außerhalb des Frankenschnellwegs längst Radfahrer, Fußgänger und Anwohner unter einer nicht mehr zu verkraftenden Autoflut leiden.

Durch eine Sperrung der Autobahn und sukzessive, genossenschaftlich-gemeinsame Umwandlung der Straßentrasse entstehen schlichtweg nur minimale Kosten für die Kommune (heißt: die Steuerzahlenden). Vgl. Tempelhofer Feld in Berlin.

Durch die Umwidmung der Fläche entstehen Vorteile in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Mehr Grün und bessere (kältere Luft) macht das Leben in der Stadt attraktiver, für Familien entstehen Freiräume wie Schwimmbäder, Radwege, Sportplätze, Schulgärten, Kleingartenkolonien usw., auf Teilen der Fläche (im Bereich der heutigen Auffahrten) ist sozialer Wohnungsbau vorgesehen.

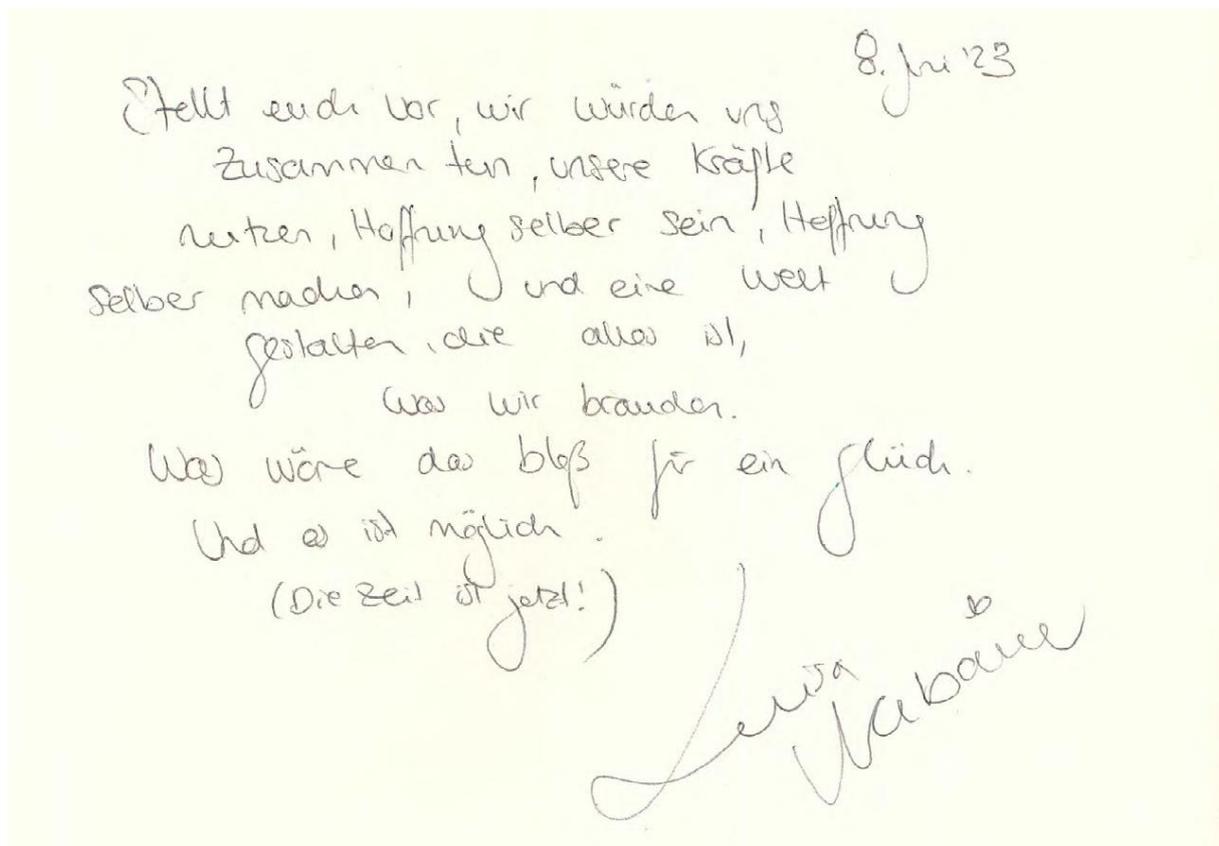
Insgesamt nimmt der Verkehr ab, die Flächen, die für die Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehen, werden deutlich größer, der Kanal wird als nachhaltiger Verkehrsweg (Radschnellweg, VAG-Personenboote) genutzt.

Jede*r Einwohner*in Nürnbergs wird von der grünen Landschaft des Stadtkanals profitieren. Niemand wird ausgeschlossen, einzig und allein die Autofahrenden müssen auf eine Strecke von 10 km Autobahn quer durch die Stadt verzichten, die allerdings sowieso die meiste Zeit durch Staus und Ampeln dysfunktional ist. Wahrscheinlich wird sich durch die Abnahme des Verkehrs sogar die Situation für Autofahrende (Handwerker, Lieferanten, Mobilitätseingeschränkte) verbessern.

Was kann ich tun?

- Bei der nächsten Raddemo über den Frankenschnellweg teilnehmen und spüren, wie schön es sein könnte, wenn...
- Wage zu denken und zu träumen, stehe auf und setze dich für deine Träume ein, denn jetzt ist die Zeit. Der Dinosaurier "Frankenschnellweg" steht auf der Kippe und wartet auf den Stupps.
- Meine Erwartungen dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, aktuell Herr Markus König, per Brief mitteilen
- Die gegen den Frankenschnellweg klagenden Verbände (VCD) unterstützen, durch Spende und Unterschrift

Viele Städte weltweit haben bereits gezeigt, dass radikale Umkehr bei verkorksten historischen Bauentscheidungen möglich ist: Die Wiedereröffnung der Mosel, die Befreiung des Stadtkanals in Utrecht, der schrittweise Rückbau der Stadtautobahn in Lyon und viele mehr.



4. Ökologie und Artenschutz

Stadt-Ökologie ist ein weites Feld und verbindet vieles: Artenvielfalt im öffentlichen und privaten Raum, Ver- und Entsiegelung, Flächenverteilung, soziale Räume und das Grundbedürfnis zu Essen, also Herkunft der Lebensmittel, ihre Verarbeitung und ihre Verteilung sichtbar zu machen. Eine vielversprechende Methode diese Aspekte zu vereinen ist gemeinsames Gärtnern, also sich auf öffentlichen Flächen zu treffen und gemeinsam sich mit Gartenbau zu beschäftigen. Wo soll das dann erst enden? Eine grüne innere Spur auf dem heutigen Altstadtring als größter Gemeinschaftsgarten Deutschlands mit bester Besonnung?

Essbare Stadt Nürnberg – Nachbarschaft statt Konsumzwang

Von N.N.

Unsere Vision: Eine lebenswerte Stadt, gestaltet von denen, die sie bewohnen, von Nachbarschaften, die sich kennen, von Anpacker*innen, die endlich einen Unterschied machen wollen. Grüne Inseln, die vor Vielfalt strotzen, auf denen gemeinsam gegärtnert, Kaffchen getrunken, Saatgut und Geschichten getauscht oder einfach flaniert wird. Und das alles ohne im Dickicht der Bürokratie stecken zu bleiben.

Das kriegen wir hin – wenn wir uns vernetzen und den Wandel gemeinsam initiieren und tragen. Warum immer von null anfangen und Einzelkämpfer*in bleiben, wenn wir unsere Erfahrungen und Fähigkeiten bündeln und teilen können? Hier setzen wir mit dem Projekt Essbare Stadt Nürnberg an: Seit 2019 sind bereits zehn öffentliche, für alle Menschen zugängliche Naschgärten entstanden. Auch weiterhin unterstützen wir interessierte Nürnberger*innen dabei, im eigenen Wohnumfeld essbare und vielfältige Stadtoasen aufzubauen – gemeinsam mit ihrer Nachbarschaft.

Wir teilen Erfahrungen und Wissen beim Aufbau essbarer Nachbarschaftsgärten, unterstützen beim Genehmigungsprozess mit der Stadt und anderen Flächeneigentümer*innen, fördern Austausch und Vernetzung zwischen den „Essbaren Stadtteilen“, teilen uns Bücher und Werkzeug, Saatgut und Jungpflanzen. Die so entstehenden multifunktionalen Naschgärten sind Schlüsselemente für den Wandel hin zu einer enkeltauglichen Stadt der Zukunft:

- Sie ermöglichen Menschen auch ohne eigenen Garten ein Stück mehr Ernährungssouveränität und gemeinschaftliche Selbstversorgung
- Sie dienen als Orte der Gemeinschaft, vernetzen Nachbarschaften und setzen der Vereinsamung und Verinselung, die immer mehr Leute spüren, einen starken Gegenpol entgegen.
- Sie sind Lebensräume, Wasserspeicher und Mikroklima-Regulatoren
- Sie bieten Alternativen zum gewohnten Konsumieren und laden zum Ernten und Mitmachen ein
- Sie sind offen für alle und kostenlos
- Sie bieten Raum für die Vielfalt und Resilienz samenfester Sorten
- Sie sind Lernorte, Experimentierflächen, gärtnerische Meditationsorte
- Sie schaffen einen Bezug zu unserer Umwelt, unserer Stadt, dem öffentlichen Raum, der uns allen gemeinsam gehört
- Sie machen Zusammenhänge zwischen Kaufen, Essen, Landwirtschaft und Umwelt spür- und gestaltbar und lassen Möglichkeiten erkennen, wie wir entgegen der gefühlten Ohnmacht und gesellschaftlichen Gleichgültigkeit aktiv und wirksam für eine lebenswerte Zukunft eintreten können.

Die Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahren beim Aufbau unserer Gärten gemacht haben, zeigen: Die Zeit ist reif für den Weg in eine nachhaltige, lebenswerte und gemeinschaftsgetragene Stadt!

Wir fordern: Mehr innerstädtische Flächen zu entsiegeln und dem Gemeinschaftsgärtnern zuzuführen.

Was kann ich tun?

- Mich in meinem Stadtviertel nach Stadtgärten, Baumscheibenpatenschaften und großen Gärten umsehen und dort einen Beitrag anbieten
- Eine Baumpatenschaft übernehmen
- Von meinen Stadträt:innen einen Entsiegelungsplan für mein Quartier einfordern, an und um mein Wohngebäude mehr Grün einfordern

Unsere Nachbarn auf der anderen Rheinseite und südlich der Alpen spotten über uns, uns sei die Herkunft unseres Motorenöls wichtiger als jene unseres Speiseöls. Unsere Stadtgärten sind Zeichen der Hoffnung, dass auch in der Betonwüste und mental Veränderung möglich ist, gegen alle Erwartungen.

Einem Wandel erreichen wir nur mit einem Wechsel des Gesellschaftszieles. Das Ziel darf nicht mehr Gewinnmaximierung sein, sondern Maximierung der Lebensqualität ALLER.
Weg vom "mehr für mich", hin zum gerechten Miteinander.
Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! *Ante*

Wo kommen unsere Lebensmittel her und sind sie wirklich ein Mittel zum Leben? Nicht bei allen Anbauflächen ist das naheliegend. Am besten, selber nachschauen. Die solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) ist ein Weg, der Konsumenten und Bauern wieder zusammenbringt. Das fördert das gegenseitige Verständnis und gibt den Mitteln zum Leben ihren wahren Wert am Ort ihrer Herkunft zurück.

Ökologische, nachhaltige und sozial gerechte Lebensmittelproduktion hier und jetzt

von Tristan Billmann, Öko-Landwirt

Ökologische, nachhaltige und sozial gerechte Lebensmittelproduktion, das ist unser Fokus! Nicht der möglichst große Ertrag. Jeden Tag gehen in Deutschland durchschnittlich 70 Hektar wertvolles Ackerland durch Baumaßnahmen verloren, das sind etwa 70 große Fußballfelder. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern geben auf (2019 waren es 400 000!) und immer mehr Lebensmittel müssen importiert werden.

Auch im Bio-Bereich: Jeder zweite Bio-Apfel und jede zweite Bio-Möhre kommen inzwischen aus dem Ausland. Das ist unsinnig, gefährdet die regionale Lebensmittelversorgung und ist fatal fürs Klima. Das wollen wir hier vor Ort ändern!

Was tut eine ökologisch regionale Landwirtschaft für den Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt?

- Klimaschutz durch Weidehaltung von Wiederkäuern und Aufbau von Bodenfruchtbarkeit
- Verpackungsfreie bzw. -arme Bereitstellung der Lebensmittel
- kurze Wege
- Kühlung über Solarenergie
- Anbau von regional angepassten und größtenteils samenfesten Sorten
- Anbau alter Kulturarten (Emmer, Einkorn, Linsen)
- Anbau von Kulturen, die an den Klimawandel angepasst sind (Kichererbsen, Hirse, ...)
- geschlossene Stoffkreisläufe (entweder betriebsintern oder über lokale Kooperationen zwischen den Betrieben)
- Zwei- oder Dreinutzungsrasen (zum Beispiel: Triesdorfer Landhuhn und bei den Rindern behorntes Fleckvieh, bei den Schweinen Duroc)
- Flächengebundene Tierhaltung
- Erhalt bzw. Aufbau einer strukturierten Kulturlandschaft mit Hecken, Bäumen und Saumstrukturen
- kleinräumige Ackerflächen
- Mischkulturen zum Beispiel Getreide mit Leguminosen
- Später Wiesenschnitt zum Beispiel nach dem 15.6 dabei so vorgehen, dass die Kitze nicht getötet werden, es wird außerdem immer ein Reststreifen (Altgrasstreifen) für die Insekten stehen gelassen.
- Insektenfreundliches durch Mähen von Innen nach Außen und Einsatz von Messerbalken
- Blühstreifen, auch wilde Blumen
- Wegränder stehen lassen
- Anpflanzen und Erhalt von Streuobstbäumen
- Nistkästen
- Anbau von Zwischenfrüchten, die der Gründüngung und dem Erosionsschutz dienen

- Lerchenfenster im Getreideanbau (Stellen auf dem Feld, auf denen kein Getreide gesät wurde, dort wird auch auf Striegeln und Hacken verzichtet, um die Bodenbrüter zu schonen)
- Vielfältige Fruchtfolgen mit Feldfutterbau (Humusaufbau), Getreide, Leguminosen, Gemüse, Kartoffeln und Sonderkulturen (z.B. Kürbis, Hirse, Leinsamen, Buchweizen)

Ich fordere daher von den Kommunen und vom Land Bayern

- Noch stärkere Förderung des Ökolandbaus
- Weiterer Ausbau der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen
- Bildungsarbeit in den Schulen um Menschen für regionale, ökologische Landwirtschaft zu sensibilisieren
- Wo möglich Verwendung von regionalen, ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der staatlich oder kommunal organisierten Gemeinschaftsverpflegung (z.B. Mensen und Kantinen in Behörden und Schulen, in Frankreich ist das längst Gesetz) mit großem Augenmerk auf Saisonalität.
- Förderung von solidarischer Landwirtschaft.
- Nur Kommune: Förderung lokaler Vermarktungsstrukturen: Wochenmärkte, Markthallen.

Was kann ich als Konsument tun?

- "Meine" Erzeuger besuchen und besichtigen
- Einer solidarischen Landwirtschaft beitreten
- In von mir besuchten Betriebskantinen oder den Schulkantinen meiner Kinder regionale, ökologische Lebensmittel einfordern

Um noch einmal unsere Nachbarn zu bemühen: Wir sollten ihnen endlich zeigen, dass wir nicht essen, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu essen - wie Gott in Franken.

Am Ende des Tages geht es mir ziemlich scheiße!
 Bei uns in der Landwirtschaft sitzen wir täglich auf neue Probleme, welche immer häufiger auf das Klima zurückzuführen sind! Seien es längere und intensivere Trockenperioden, schlimmere Unwetter mit mehr Wasser/Niederschlag pro Zeit oder die Migration neuer Pilze und Schädlinge... Dazu kommt eine Politik, die nicht hinterherkommt. Im Obst und Weinbau haben wir zeitlich verschobene Blüte und Erntezeiten. Beim Obst verfrieren die Kirschen immer öfter durch frühe Wärmeperioden und späte Frostfröste. Beim Weinbau wird durch eine frühe Dese ohne die kalten Herbstlichen Nächte das Aroma nachhaltig beeinflusst. Ich sehe jedoch kaum Aussicht auf eine Verbesserung. Hat Selvy

120/

oh Mensch

was bist Du

dumm bringst

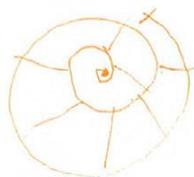
Dich und

Gottes

Schöpfung

einmalige

mal!



5. Ernährung

Zeige mir, was du isst, und ich sage dir, wer du bist? Gerade in Zeiten der industriellen Nahrungsmittelproduktion und den immer kleineren Inhaltsangaben auf den Verpackungen kann einem oft der Appetit vergehen. Warum tun wir uns das an, und den Tieren sowieso? Dabei ist es doch so einfach, wenn wir der Natur zusehen - und die Welt als Ganzes dabei im Blick behalten.

Für nachhaltige und damit gesunde Ernährung

von Inga Hager, ÖDP-Stadträtin

Ernährung sollte nachhaltig sein, also auf eine Weise geschehen, die die Fruchtbarkeit der Böden erhält/verbessert, die global weder Menschen noch Tiere ausbeutet und das Klima stabilisiert.

Auch in Nürnberg essen immer mehr Menschen immer mehr Mahlzeiten außer Haus, z. B. in Kitas, Schulküchen, Mensen oder Kantinen. Obwohl am Rande der Stadt große Gemüseanbauflächen bewirtschaftet werden, landet dieses Gemüse nicht unbedingt auf den Tellern in der Region. Die Vorgaben durch die politischen Beschlüsse aller Ebenen, den Bioanteil auf den Äckern erheblich zu steigern, werden kaum umgesetzt, die gesteckten Ziele können nicht mehr erreicht werden - wenn die Kantinen und ihre Kunden das nicht nachfragen.

Der Appell geht nun an die Kantinenbetreiber und Caterer, nachhaltige und faire Gerichte anzubieten. Es sollen mehr saisonal passende Biolebensmittel aus der Region verwendet werden. Der Anteil an tierischen Produkten soll gemäß den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung auf 300-600g Fleisch-, Fisch- und Eiprodukte pro Person und Woche gesenkt werden.

Gesunde, nachhaltige Lebensmittel sind teurer, als es die meisten Menschen bisher gewohnt sind, die Kunden müssen daher über den Mehrwert informiert werden. Auch wird es eine Umstellung bedeuten, bewusster zu essen, Lebensmittelabfälle zu vermeiden und Fleisch als Delikatesse zu betrachten und weniger häufig zu verzehren. Die Menschen werden aber fitter und gesünder sein, dadurch werden Kosten für die Behandlung diverser Zivilisationskrankheiten, wie z. B. Diabetes mellitus, Bluthochdruck, Allergien und Adipositas gespart.

Biologische Landwirtschaft fördert die Artenvielfalt und hilft über Humusaufbau CO₂ und Wasser im Boden zu speichern. Regionale, saisonale Nahrungsmittel verursachen weniger klimaschädlichen Verkehr. Pflanzenbasierte Kost führt verglichen mit täglichem Fleischkonsum zu weniger Ammoniak und damit einer geringeren Feinstaub- und Nitratbelastung.

Wären die Umweltauswirkungen konventionell erzeugter „Hausmannskost“, wie Wasser- und Luftverschmutzung sowie Krankheitskosten im Preis enthalten, dann wäre pflanzenbasierte, regionale Bio-Ernährung der Saison billiger und könnte von allen frei gewählt werden.

Was kann ich als Konsument tun?

- Regional und saisonal einkaufen, Einkaufen direkt beim Erzeuger, also auf dem Hof oder an seinem Marktstand oder Distributionslager
- Meine Stadträtinnen fragen, was in ihrer Kantine serviert wird.

Ich glaube, wir wissen alle genug über den Klimawandel. Aber die Lösung wird nicht alleine in technischen Verbesserungen und Lösungen liegen. Wir brauchen ein Wandel unseres Systems, unserer Lebensweise. Wir können / Ich kann mein Haustierleben nicht nachhaltig gestalten. Deshalb braucht es grundlegender Änderungen, Weniger arbeiten, mehr Zeit zum nachhaltigen Ausruhen. Zeit für langsames Reisen, Zeit für Begegnungen & Austausch ohne dabei die Welt totzukonsumieren. Schluss mit Beschleunigung, Schluss mit Lösungssuche in den gleichen Regesten die zu dieser Situation & zur globalen Krise geführt haben.

Essen als Verrichtung, also die Handhabung von Nahrungsmitteln, ist Teil dessen, was oft als Konsum, früher: Verzehr, bezeichnet wird. Wir wollen nicht wahrhaben, dass trotz meist voller Regale, die irdischen Ressourcen endlich sind, solange wir sie nicht im Kreis führen. Das gilt für Lebensmittel auf ihrem Weg vom Acker auf den Teller und die Reste in die Biotonne wie auch für alle anderen Konsumgüter. Unser Plastikkonsum, nicht nur in Form von Textilien, lässt Berge auf der ganzen Welt wachsen und Teppiche auf den Meeren entstehen.

6. Konsum, begrenzte Ressourcen und Abfall

Die weltweite Überproduktion überschwemmt uns in Nürnberg und auch das letzte Dorf am Ende der Welt. Wo ist der Notaus-Knopf? Wie bekommen wir die Überproduktion in den Griff?

Wie finden wir den Ausstieg aus dem Konsumwahnsinn?

von der Greenpeace Ortsgruppe Nürnberg

Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist es von größter Bedeutung, mit den uns zur Verfügung stehenden Rohstoffen so nachhaltig wie möglich umzugehen. In unserer heutigen konsumorientierten Wegwerfgesellschaft sind wir davon jedoch leider weit entfernt.

Konkretes Ziel: Nachhaltiger Konsum

Den Ressourcenverbrauch der Stadt Nürnberg und ihrer Bürger:innen senken, indem zum einen ganz konkret Ressourcen eingespart werden und zum anderen der Lebenszyklus von Konsumgütern und Verpackungen deutlich verlängert wird. Alle Produkte, die wir konsumieren, verursachen CO₂-Emissionen – angefangen bei der Gewinnung des Ursprungsmaterials, über die Produktion, den Verkauf, den Transport und die tatsächliche Nutzung bis hin zur Entsorgung – und tragen damit zur Beschleunigung des Klimawandels bei.

Nachhaltiger Konsum umfasst Tausende von Einzelentscheidungen auf individueller und kommunaler Ebene in unterschiedlichsten Feldern, wie etwa dem Bereich Mobilität, Bauen oder Ernährung. Wir fokussieren uns in diesem Beitrag auf die Teilaspekte Haushalt (insbesondere Verpackungen), Textilien und Freizeit / Veranstaltungen.

Initiativen, die den Bürger:innen der Stadt Nürnberg ermöglichen, im privaten Bereich nachhaltiger zu konsumieren, werden bislang vor allem von lokalen NGOs vorangetrieben. Als städtischer Akteur ist in diesem Bereich aber auch das KUF durch Angebote wie Tauschbörsen oder Reparatur-Cafés aktiv.

Bei (Groß-)Veranstaltungen in Nürnberg ist neben dem hohen Energieverbrauch und der Verkehrsbelastung insbesondere das enorme Abfallaufkommen ein Problem. Hier wurde von der Stadt Nürnberg mit dem „Leitbild Green Events 2020“, das Nachhaltigkeitskriterien für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund festlegt, immerhin ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen.

Was in diesem Leitbild allerdings fehlt, sind Regelungen zum Einsatz von Feuerwerk oder zur Verwertung übrig gebliebener Lebensmittel, z.B. im Rahmen von Foodsharing. Zudem handelt es sich, mit Ausnahme der Gebote zur Abfallvermeidung des ASN, um nicht verpflichtende Handlungsempfehlungen.

Seit der positiven Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur kommunalen Verpackungssteuer der Stadt Tübingen wird außerdem auch in Nürnberg über die Implementation einer entsprechenden Satzung diskutiert – ein Vorstoß, der unbedingt weiter vorangetrieben werden sollte.

Nachhaltiger Konsum ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Klar ist: Klimaschutzziele können ohne Verhaltensänderungen der Bürger:innen hinsichtlich ihres individuellen Konsums nicht erreicht werden. **Die Stadt Nürnberg kann allerdings durch das Setzen von Rahmenbedingungen, z.B. durch Aufklärung oder die Förderung von Tauschbörsen und Reparaturmöglichkeiten, dieses Konsumverhalten nicht unerheblich beeinflussen.**

Sie muss außerdem als Impulsgeberin vorangehen und Standards setzen, die von den lokalen Akteuren wahrgenommen werden und als Vorbild dienen können. Von Bedeutung sind neben der kommunalen Beschaffung und der Abfallwirtschaft auch die Schulung und Fortbildung der eigenen Bediensteten.

Zudem hat die Stadt Möglichkeiten, den Ressourcenverbrauch im lokalen Handel und der (Veranstaltungs-)Wirtschaft zu steuern, indem sie entsprechende Beratungsangebote schafft oder Satzungen zur Müllvermeidung erlässt.

Als ersten Schritt fordern wir eine konsequente Umsetzung bereits bestehender Konzepte der Stadt hinsichtlich der Abfallreduzierung.

Das „Leitbild Green Events 2020“ findet bisher beispielsweise viel zu wenig Anwendung. Inwiefern überprüft und sichergestellt wird, dass die festgelegten Leitlinien von den externen Veranstaltern tatsächlich eingehalten werden, bleibt offen. Gute städtische Initiativen wie z.B. das Geschirrmobil sind zu wenig bekannt.

Darüber hinaus sind deutlich weitergehende Maßnahmen nötig. Insbesondere fordern wir, dass Nürnberg „Zero Waste“-Stadt wird. Die „Zero Waste Europe Platform“ formuliert dafür Kriterien und unterstützt Städte auf ihrem Weg. In Nürnberg existiert außerdem das „bluepingu“-Projekt „Zero Waste Helden, die sich mit der Vision einer müllfreien Stadt beschäftigen und bereits weitreichende mögliche und nötige Maßnahmen nennen.

Dies beinhaltet auch die Entwicklung eines Konzeptes, um als Kommune vollständig plastikfrei zu werden. Denn Kunststoffe heizen durch den weiteren Verbrauch von fossilen Ressourcen beim

Herstellungsprozess die Erderwärmung an, sind nur begrenzt recyclingfähig und greifen als Rückstände massiv in Land- und Meeresökosysteme ein.

Durch folgende Maßnahmen kann die Stadt Nürnberg die Vision einer „Zero Waste“-City erreichen:

- Förderung von Initiativen, die darauf abzielen, den Lebenszyklus von Produkten zu verlängern (Tausch, Verleih, Reparatur, Gebrauchtwarenkaufhäuser) oder Abfälle ganz zu vermeiden (Unverpacktläden)
- Beratung von Betrieben mit Blick auf Potenziale zur Abfallvermeidung
- Bildungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsbeteiligung zur Abfallvermeidung
- Erlass einer kommunalen Verpackungssteuersatzung, analog zum Vorgehen der Stadt Tübingen
- Erhöhung der Recyclingquote auf 80-90%, indem die öffentliche Mülltrennung gefördert und verbessert wird. Das bedeutet auch eine erhöhte Transparenz, um aktuelle Recyclingquoten überprüfen zu können und ggf. die Überarbeitung der Verträge mit den Abfallwirtschaftsunternehmen. Da Umweltschutz vor wirtschaftliche Aspekte geht, ist zu überlegen, ob Mülltrennung wieder in kommunale Hand überführt wird.
- Eine Reduktion öffentlicher Feuerwerke und von Feuerwerken bei Großveranstaltungen, da die anfallenden Abfälle nicht mit dem Konzept einer „Zero Waste City“ vereinbar sind. Alternativ könnten zentrale Lichtshows eingeführt werden. Der Dialog mit privaten Veranstaltern sollte diesbezüglich gesucht werden.

In erster Linie bedeutet nachhaltiger Konsum für die Bürger:innen eine Umstellung vorhandener Gewohnheiten. Beim Einkaufen an das Mitbringen von eigenen Behältnissen und Taschen zu denken, Müll immer systematisch zu trennen oder auf Second-Hand-Partys zu gehen, statt in Bekleidungshäusern und Boutiquen zu shoppen, bringt hingegen keine finanzielle Belastung mit sich, eher im Gegenteil.

Lediglich die Reparatur defekter Produkte kostet in der Regel mehr, als etwas neu zu kaufen – ein trauriges Merkmal unserer Wegwerfgesellschaft.

Auf Gastronomie und Veranstalter kommt die Anschaffung von Mehrwegbehältnissen und ein Mehraufwand durch deren Handhabung (z.B. anschließende Reinigung) zu.

Noch können wir es schaffen, der sich rapide nähernden Erschöpfung unseres klimarelevanten CO₂-Budgets sowie der zur weltweit zur Verfügung stehenden Ressourcen durch kluges Handeln zu begegnen. Darin besteht der wohl größte Nutzen, den eine Umstellung unseres Konsumverhaltens – in Nürnberg und parallel dazu überall auf der Welt – haben würde.

Langfristig eröffnen sich durch die Umsetzung des Zero-Waste-Ansatzes außerdem neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen im Bereich Recycling und Handwerk. Laut einer Studie der Global Anti-Incineration Alliance (GAIA) haben Zero-Waste-Ansätze das Potenzial, sogar bis zu zweihundertmal mehr Arbeitsplätze als herkömmliche Abfallbewirtschaftungsstrategien zu kreieren.

Im Hier und heute bedeutet ein Verzicht auf unnötigen Konsum für den Einzelnen im Vergleich zu einem „Weiter so!“ geringere finanzielle Ausgaben. Durch Tausch- oder Verleihangebote müssten weniger Dinge selbst angeschafft werden und in gebrauchtem Zustand sind Produkte deutlich günstiger zu erwerben.

Für die Bürger:innen führt eine neue Sicht auf selbstbestimmten und an den eigenen Bedürfnissen orientierten Konsum (der nicht durch Werbung fremdbestimmt wird) zudem zu größerer Zufriedenheit

und setzt Potentiale frei für mehr gesellschaftliches Miteinander. Alternative Geschäftsmodelle zum Neukauf, also Teilen, Mieten, Leihen, Reparieren und Secondhand, können zum neuen Normal werden und den Unterschied im Kampf gegen die Klimakrise ausmachen.

[1] https://www.nuernberg.de/imperia/md/umweltreferat/dokumente/flyer_green_events.pdf

[2] <https://www.nuernberg.de/internet/abfallwirtschaft/geschirrmobil.html>

[3] <https://zerowasteurope.eu>, <https://zerowastecities.eu>

[4] <https://zerowastecities.eu/job-creation-potential-of-zero-waste-approaches/>

Was kann ich als Konsument tun?

- Müll vermeiden und auf Langlebigkeit setzen
- Die Dinge auch von ihrem Ende her denken, denn mit dem Kauf geht die Verantwortung auf die Entsorgung über
- Mich über die Müllvermeidungs- und -verwertungsstrategie meiner Stadt informieren und diese hinterfragen.

„Müll“ ist schon lange ein großes globalisiertes Geschäft. Es darf uns nicht überraschen, wenn „unser“ Müll immer wieder irgendwo auf der Welt auftaucht. Die Verantwortung dafür liegt bei uns als den Verursachern des Mülls. Wir können unserem Müll nicht mehr entkommen, solange er nicht zügig vergeht. Müllvermeidung fängt beim Einkauf an.

Es macht mich Angst.
Wir könnten und müssten
so viel mehr tun.
Aber niemand will auf
seinen Luxus und seine
Gewohnheiten verzichten!

7. Stadtverwaltung, ihre Einrichtungen und Kommunalwirtschaft

„Umweltpolitik“ hatte seit dem Beginn des Agenda21 Prozesses in der Stadt Nürnberg einen hohen Stellenwert. Der Stadtrat hat viele Beschlüsse gefasst. Die Bürger haben dennoch den Eindruck, dass es bei der Umsetzung der teilweise wegweisenden Beschlüsse oft mangelt. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Stadtverwaltung mit allen ihren Möglichkeiten als Vorbild voran geht und auch so die Bürger mitnimmt. Dabei stellen alltäglichen und seltenen aussergewöhnlichen Beschaffungsvorgänge, also vom Bleistift bis zum Gebäudeneubau, einen großen Hebel für mehr Klimaschutz, Müllvermeidung und somit ein besseres Leben dar.

Jetzt mit klimafreundlicher und nachhaltiger Beschaffung in die Zukunft

Von Frank Braun, Vorstand Transition Netzwerk e.V.

Mit einem Beschaffungsvolumen von über 500Mrd. € im Jahr* – das sind ca. 13% des Bruttoinlandsprodukts – hat die öffentliche Hand in Deutschland einen entscheidenden Anteil an der Nachfrage nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen. 50% davon entfallen auf Kommunen.

Auch für den Klimaschutz ist das Thema Beschaffung ein nicht unwesentlicher Bestandteil zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Die Stadt Nürnberg war eine der ersten Städte, die sich als Fairtrade Stadt auszeichnen ließen, war Mitbegründer des Bio-Städte-Netzwerks und ist Teil der Fairen Metropolregion Nürnberg. Am 19. Juli 2019 wurde der Pakt für nachhaltige Beschaffung im Rat der Metropolregion Nürnberg beschlossen. Zwei Kernanliegen des Paktes sind die individuelle Erhebung nachhaltiger Beschaffung in den Kommunen sowie die Veröffentlichung im Rahmen eines gemeinsamen Beschaffungsziels. Das alles sind gute symbolische Schritte, die nach außen die Intention zeigen, als Kommune hier einen Beitrag leisten zu wollen. Diese Titel sollten Verpflichtung und Ansporn sein, dass die Stadt Nürnberg hier als Vorreiter anderen Kommunen aufzeigt, wie nachhaltige und klimafreundliche Beschaffung auch im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten integrierbar sind. Denn gerade für solche Auszeichnungen gilt, nur wenn die guten Intentionen auch in die Praxis umgesetzt werden, ist das Label mehr als eine symbolische Geste.

Mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Lieferkettengesetz gibt es eine weitere gesetzliche Vorgabe, die gerade die öffentliche Hand verpflichtet, bei der Beschaffung klare Kante zu zeigen. Und doch kommt es in vielen Produktkategorien schon während des Herstellungsprozesses zu Umweltverschmutzung oder zur Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten. Dazu gehören z.B. Textilien, landwirtschaftliche Produkte wie Lebensmittel oder Holz, Spielwaren und Sportgeräte, Natursteine und IT-Produkte.

Fakt ist, Produkte, die Sozial- und Umweltstandards befolgen, schonen das Klima sowie die natürlichen Ressourcen, sie sind schadstoffärmer und verursachen weniger Emissionen umweltschädlicher Stoffe. Öko-Faire Alternativen gibt es mittlerweile eigentlich in allen Beschaffungsfeldern, egal ob es um Dienstkleidung, Büromaterial, IT, Ernährung, Möbel, geht. Das Vergaberecht lässt seit Jahren die Nutzung von Zertifizierungen als Kriterium für die Vergabe in allen Bereichen zu. Bei Investitionsgütern ist eine Betrachtung der Lebenszykluskosten anstatt des Kaufpreises ein ganz wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Es geht darum Produkte möglichst lange zu nutzen, Energiekosten, Verschleißteile über die Lebensdauer bei der Kaufentscheidung zu berücksichtigen. So erfüllen z.B. Notebooks und Smartphones mit dem Blauen Engel die Voraussetzung für eine lange Lebensdauer, denn sie können repariert werden und der Akku kann problemlos ersetzt werden. Über die Lebensdauer betrachtet sind unter Einbeziehung aller laufenden Kosten sind zertifizierte Produkte nicht nur klimafreundlich, sondern oftmals sogar preiswerter!

In vielen Workshops mit Kommunen in den letzten Jahren haben sich immer wieder die gleichen Gründe dafür gezeigt, dass eine konsequente Umsetzung und Einhaltung von Kriterien für eine nachhaltige Beschaffung nicht erfolgt:

- Es fehlt an klaren Vorgaben für eine klimafreundliche und nachhaltige Beschaffung
- Es fehlt an großflächigen Schulungen, wie klimafreundliche und nachhaltige Beschaffung von den Mitarbeiter:innen umgesetzt werden kann. Das mangelnde Wissen über die Möglichkeiten und der Mangel an Zeit sich dieses Wissen zu erarbeiten, führt zu einem „weiter so“.

- Es fehlt an klaren Signalen durch die Führungsebene, dass die Einhaltung dieser Kriterien Priorität hat. Am Ende erfahren die Mitarbeiter:innen in der Praxis immer wieder, dass am Ende rein der Preis entscheidet.

Um bei der Beschaffung konsequent Klima und Nachhaltigkeit Priorität zu geben, **fordern wir folgende Maßnahmen:**

- Klare Vorgaben für die verpflichtende Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Beschaffung für alle Bereiche der Stadtverwaltung und Beteiligungsunternehmen. Konkret heißt das:
 - Zielvorgaben für alle Materialfelder, welche Siegel/Zertifizierungen hier zwingend mit auszuschreiben, bzw. bei Kleinbeschaffungen anzuwenden sind
 - Öko- und Sozial-Standards sind verpflichtend bei Ausschreibungen und Vergaben zu berücksichtigen
 - Bei Investitionsgütern sind Lebenszykluskosten zwingend als Grundlage für den Preisvergleich anzusetzen.
- Erstellung eines Leitfadens zur nachhaltigen Beschaffung für die Mitarbeiter:innen.
- Großflächige Schulungen in der Stadtverwaltung für alle Einkäufer:innen zum rechtlichen Rahmen bei Ausschreibungen, zu Siegeln und Zertifizierungen und zur Lebenszykluskostenberechnung

Es gibt eine Vielzahl von positiven Einzelbeispielen in Nürnberg und anderen Kommunen, wie eine solche Praxis erfolgreich umgesetzt werden kann. Von und mit anderen zu lernen und Bedarfe zu bündeln helfen, dass die bislang eher kleinen Unternehmen, die nachhaltige Produkte anbieten noch konkurrenzfähiger werden.

Darüber hinaus wird die konsequente Umsetzung solcher Maßnahmen bei den über 12.000 Mitarbeiter:innen der Stadt Nürnberg ein Zeichen setzen, und sicherlich dann zu Hause in deren Familien Anstoß dazu geben, auch im Privaten klimafreundlich und nachhaltig einzukaufen.

Hören wir also auf, an den falschen Stellen zu sparen. Die Folgekosten solcher Einsparungen für Mensch und Natur sind weitaus größer als der Nutzen.

*Quelle: Umweltbundesamt

Was kann ich als Bürger tun?

- Hinterfragen Sie als Betroffener offensichtlich irritierende Beschaffungsvorgänge der Stadtverwaltung und sprechen Sie Ihre Stadträt:innen darauf an
- Hinterfragen Sie als Betroffener die Art der Ausführung von Baumaßnahmen der Kommune und sprechen Sie Ihre Stadträt:innen darauf an
- Informieren Sie sich über Nachhaltigkeitssiegel, denn die gibt es vom Schokoriegel bis zum Grabstein und leben dann Ihre Werte durch bewusste Einkaufsentscheidungen

↳ Es ist an der Zeit die Wirtschaftssysteme zu überdenken, und kritisch zu hinterfragen was Nachhaltig ist für Ökonomie, Ökologie und unsere Gesellschaft.

Die Stadtverwaltung kauft „für uns“ ein, um ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Jeder Entscheidung sind die positiven und negativen Effekte gegenüberzustellen. Daran sollten sich die Ratsbeschlüsse orientieren. Deshalb ist es dringend angesagt, endlich den getroffenen Stadtratsbeschluss umzusetzen, jeden Stadtratsbeschluss auf seine Klimawirkung hin zu bewerten, nicht nur auf seine direkten Kosten. Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger in die Wirkung ihrer Wahlentscheidungen. Es ist Aufgabe der gewählten Vertreter:innen dies zum Ausdruck zu bringen.

8. Demokratie, Bildung, Zivilgesellschaft und Kirchen

Sind wir alle Lobbyisten in eigener Sache? Als Verbandsmitglied, als wählender Bürger:in, als Stadtrat:in für eine Partei?

Ja und Nein, denn es gibt Spielregeln. Sein Interesse offen zu zeigen ist Kern des demokratischen Ringens um die für Viele bessere Lösung („for the many not the few“ wie es die britische Labour formuliert). Wenn jedoch Personen sich um Einflussnahme bemühen, ohne ihre Hintermänner und versteckten Interessen aufzudecken, ist dies ein moralischer Verstoß gegen die Grundfeste der Demokratie und greift damit die Nachhaltigkeit unseres Gesellschaftsmodells an.

„In der Politik haben doch Lobbyist*innen das Sagen“?

Von Extinction Rebellion, Ortsgruppe Nürnberg

„In der Politik haben doch Lobbyist*innen das Sagen“, meint Chris V. (55) aus Nürnberg. Tatsächlich! Politiker*innen haben ihre Wiederwahl im Auge, wollen gut rüberkommen und besser als die Konkurrenz wirken. Sachverstand holen sie sich – leider – bei Lobbyist*innen.

Die Konsequenz: Unser parlamentarisches System stemmt gigantische Herausforderungen wie die Klimakrise nicht angemessen. Langfristiges Denken, Planen und offene Diskussion bleiben im kurzatmigen Kampf um Stimmen auf der Strecke.

Das ist fatal. Aber wie können wir Zukunftsfragen besser lösen?

Die Forderung von Extinction Rebellion:

Es müssen Bürger*innenräte (BR) einberufen werden, die eine feste, demokratische Säule bilden. Die Parlamente, wie z.B. der Stadtrat, sollen deren Empfehlungen behandeln.

Was genau sind eigentlich Bürger*innenräte?

Sie werden zu einem bestimmten Thema für begrenzte Zeit einberufen, ihre Mitglieder werden ausgelost – sie sind Menschen wie du und ich. Ein BR ist repräsentativ besetzt, also z.B. ein „Nürnberg im Kleinen“. Zusätzlich werden Expert*innen eingeladen und bringen ihr Wissen ein. Beraten wird unter der Begleitung von Moderator*innen vertraulich und öffentlich, Medien begleiten diesen Prozess und berichten darüber. Am Ende stehen Empfehlungen (Bürger*innengutachten), die die Politik umsetzt - tut sie das nicht, muss sie dies ausführlich begründen.

Und in Nürnberg? Themen wären doch genügend da! z.B.

- Superblocks, verkehrsberuhigte Bereiche u.a. in Gostenhof. Wer kann Lösungen besser beurteilen als die Anwohner*innen selbst?

- Klimabeirat Nürnberg, seine Einrichtung ist bereits beschlossen. Was spricht dagegen ihn als Bürger*innenrat einzuberufen?

- Hitzeschutz in Nürnberg, die Stadt muss sich auf eine immer stärkere Hitzebelastung einstellen.

Wir fordern daher: Bürger*innenräte – ein Mittel für den gesellschaftlichen Dialog, für die Versachlichung von Debatten und die Erweiterung unserer demokratischen Kultur.

Was kann ich als Bürger tun?

- Wer ist Ihre Lobby und setzt sich für Sie ein? Nehmen Sie Kontakt mit Ihrer Lobby auf und fragen Sie, wie Sie sie unterstützen können
- Unterstützen Sie Organisationen, die sich für Bürger:innenräte stark machen
- Diskutieren Sie mit Ihren Stadträt:innen über die Einführung solcher Räte
- Schreiben Sie an die Oberbürgermeister und fordern ihn zur Stellungnahme auf

Der praktizierteste Lobbyismus ist für uns Menschen eher verächtlich. Ich wünsche mehr soziales Miteinander und das Hören + Ernstnehmen des Volkes! Insbesondere der Umweltaktivisten und sorgenden Menschen!
Alpha-Männchen ~~treten~~ ab, nehmt eure Kaffee mit!

Die Antwort auf die Frage „Wem nützt es?“ hilft oft, die Einflussnahme von Lobby zu erkennen. Wem nützt es, wenn der Club aufsteigt? Uns allen? Ja, wenn dabei Klimaschutz ernst genommen wird. Damit beschäftigt sich der folgende Beitrag.

Sportliche Großveranstaltungen nachhaltig und klimafreundlich gestaltet

Von Thomas Kilian, bekennender Club Fan

Hierzu fordere ich als Club-Fan:

- Die Anfahrt zu Sportveranstaltungen muss weiterhin, und noch mehr, durch kostenlosen ÖPNV am Veranstaltungstag gewährleistet sein und werden.

- Es sollte durch die Kommunen, welche die Rechte an Veranstalter vergeben, bzw. Sportveranstaltung selbst durchführen auf Nachhaltigkeit in allen Bereichen Wert legen. Energieversorgung der Sportstätten, Müllvermeidung, Qualität der Verpflegung vor Ort

In Nürnberg bestimmt können die Fans zu Heimspielen bereits ihr Eintrittsticket mit einem ÖPNV Ticket kombinieren. Für aus der Metropolregion anreisen Fans wäre es eine Verbesserung, wenn damit ein Tagesticket statt einer einfachen Fahrt mit Zeitbegrenzung verbunden wäre.

Es liegt in der Verantwortung der Stadtverwaltung, der Sportvereine und der Veranstalter nachhaltigere Angebote zu Großveranstaltungen zu entwickeln oder entsprechend auch Auflagen zu erlassen und durchzusetzen. Dann kommt es auf die natürlich auf die Fans/Zuschauer an, die ja eigentlich die Nachfrage-Marktmacht innehaben.

Es gehört aber auch der VGN dazu, der ein ausreichendes Verkehrsangebot (genügend Busse, U-Bahnen und Bahnen) an Spieltagen zur Verfügung stellen muss. Gerade auswärtige Fans zeigen sich regelmäßig enttäuscht in Nürnberg angesichts der geringen Taktverdichtung rund um die Heimspiele.

Es muss das Ziel sein, CO₂-Reduzierung in allen Bereichen des Veranstaltungsmanagements zu erzielen, also z.B. im Verkehr (An- und Abreise, Aufbau), der Energieversorgung (Ökostrom statt Dieselgeneratoren), bei der Müllvermeidung (Mehrwegpflicht) oder auch bei der Lebensmittel Produktion.

Vordergründig geht es um die Vermeidung von motorisiertem Individualverkehr, auch durch Parkbeschränkungen, und dadurch auch Entspannung im gesamten Vor- und Umfeld von Sportveranstaltungen, gerade auch für die Anwohner.

Die Entlastungen für Fans, Anwohner und Veranstalter werden sehr schnell anfänglichen Mehraufwand übersteigen.

Der Gesellschaft als Ganzem wird daraus lokal bessere Lebensqualität zukommen, durch Verbesserungen des Verkehrs, im Bereich Abfall und verbesserte Lebensmittel.

Neben dem Teilnehmer oder Fan zahlt indirekt natürlich immer auch der Steuerzahler, z.B. für die Zuschüsse zum ÖPNV.

Hier gilt es eine sozial ausgewogene Verteilung der Kosten zu finden. Denn wenn Mehraufwand nur auf die Veranstalter und Veranstaltungen abgewälzt werden, wird dies höhere Eintrittspreise zur Folge haben (diese sind in der Regel schon hoch). Dadurch werden Sportveranstaltungen immer mehr zu „Luxus“, und Menschen, die es sich nicht leisten können, ausgeschlossen. Mit allen negativen gesellschaftlichen Folgen. Das wäre auch nicht nachhaltig.

Was kann ich als Bürger tun?

- Seien Sie ein treuer Fan und helfen so Ihrem Club, nachhaltig wieder aufzusteigen
- Schreiben Sie Sport- und Konzertveranstalter an und fordern nachhaltiges Veranstaltungsmanagement
- Schreiben Sie das Kulturreferat an und lassen sich über deren Nachhaltigkeitsbestrebungen informieren

Und wenn das alles nicht hilft und der Club nicht mehr aufsteigt? Dann müssen wir uns mit den Folgen arrangieren. Ähnlich droht es uns mit dem Klimawandel zu ergehen.

Lass uns zusammenrücken gegen die Überforderung!
Wir sind viele und wir sind laut ♡

Wir brauchen einen Wandel, auf den wir uns freuen,
deshalb lasst uns mitgestalten!

9. Klimafolgenanpassung

Es wird Zeit, sich auf die drohenden und absehbaren Veränderungen des Klimas in Nürnberg einzustellen: Es wird heißer, trockener, Starkregenereignisse nehmen zu, Schnee bleibt aus, der Grundwasserspiegel fällt etc.

Mehr Grün, Schatten, Wasserflächen durch Rückbau von Fahrspuren

N.N.

Wir müssen über Klimafolgenanpassung reden. Hier, in Nürnberg, aber wegen der wachsenden Zahl der Klimaflüchtlinge aus vielen Weltregionen. Und es geht um mehr Achtsamkeit, füreinander und für die Natur.

Nürnberg bietet seinen Bürgern im Vergleich mit anderen Großstätten weniger Grünfläche pro Kopf. 2km Weg zum nächsten Park sind für viele Nürnberg der Normalfall. Viele Straßen haben keine Baumscheiben. Wo gibt es noch Brunnen in den Wohngebieten als Trinkwasserspender oder Luftbefeuchter? Aber nicht nur Infrastruktur kann uns helfen, z.B. mit mehr Hitzegeräten zurecht zu

kommen. Mehr Achtsamkeit füreinander in der Nachbarschaft ist ein Baustein, um Schlimmeres zu verhindern. Leider ist für viele Menschen jedwede Veränderung Furcht einflößend und sie stellen sich ihr folglich entgegen, anstelle auch nach den positiven Veränderungen zu suchen. Es geht nur gemeinsam!

Das Umweltreferat hat im Jahr 2023 einen Hitzeaktionsplan erstellt. Das ist gut, wird aber nicht reichen. Jetzt geht es darum, viele Akteure zusammen zu bringen und Klimafolgen weiter zu denken und breiter zu reagieren. Konsequenter, sichtbarer, einladender, verbindlicher und damit auch einforderbar.

Forderung: Überprüfung aller laufenden und zukünftigen kommunalpolitischen Maßnahmen auf ihre Klimafolgenkompatibilität durch den Stadtrat, ab sofort.

Der Klimawandel ist so mächtig, dass unsere begrenzten Mittel und Technologien es nicht erlauben, sich in ihrer Klimawirkung und Folgendämpfung widersprechende Maßnahmen weiterhin umzusetzen:

- Nachverdichtung und Entsiegelung? .
- Flugverkehrswachstum für Profitabilität des Flughafens und Emissionsminderungsziele?
- Günstiges Kantinenessen und kurze Lieferwege?
- Soziale Problemlösungen mit mehr Achtsamkeit und die wachsende Zahl der 1-Zi-Wohnungen?

Wir Bürgern dürfen das Thema nicht allein beim Stadtrat abladen, sondern müssen auch aktiv werden. Wir brauchen Parameter, mit deren Hilfe wir unsere Klimafolgenresilienz messen und die angestrebten Entwicklungsrichtungen demokratisch festlegen.

Wir dürfen nicht nur an die Belastungen denken, die da auf uns zu kommen. Es lohnt auch, nach positiven Effekten zu suchen und diesen Nutzen zu vermitteln: Können Dämmstandards gemindert werden, wenn die Temperaturen steigen? Müssen Dächer noch für historische Schneelasten gebaut werden? Braucht es noch so viele neue Stellplätze, wenn wir die Anzahl Pkw reduzieren müssen?

Bei all dem ist der soziale Ausgleich im Blick zu behalten: Private Klimaanlage auf Wohnungsebene oder große Privatschwimmbäder sind keine nachhaltige Lösung, sondern sozialer Sprengstoff.

Nicht ausreichende Klimafolgenanpassung werden wir als Steuerzahler aber auch mit einer reduzierten Lebenserwartung in der Zukunft teurer bezahlen, als die Maßnahmen heute kosten würden.

Was kann ich als Bürger tun?

- Für mehr Grün und mehr Wasser bei meinen Stadträt:innen eintreten
- Eine Baumscheibenpatenschaft übernehmen
- Mich in meiner Nachbarschaft zu gemeinschaftlichen Maßnahmen austauschen und diese gemeinsam weiterverfolgen
- Gesundheitlich schwache Mitmenschen in meiner Nachbarschaft unterstützen und ihnen als „Hilferuf“ fungieren.

Viele Nürnberg:innen haben auf vielen Fernreisen bereits mit eigenen Augen gesehen, wie sich der Klimawandel in anderen Regionen Europas und der Welt zeigt: Dürren, Überschwemmungen, Epidemien, Missernten, kollabierende Infrastrukturen und Fluchtbewegungen. Noch ist es hier nicht zu spät, uns auf die Folgen der absehbaren Veränderungen gut vorzubereiten und trotzdem alles zu unternehmen, dass es möglichst nicht so weit kommt. Die Wissenschaft empfiehlt immer noch, das 1.5°C Limit einzuhalten und alles dafür notwendigen dringlichst zu tun.

„Wenn 1,5°C nichts werden, setzen wir uns einfach ein anderes, höheres Ziel und Ruhen uns darauf aus... bis wir wieder ein neues Ziel stecken.“

NEIN! Für alle 0,1°C sterben mehr Arten, schmelzen Gletscher und müssen Menschen fliehen.
 Jede 0,1°C ist ein neuer Kipppunkt!
 Es geht um Schadensbegrenzung und um unsere Zukunft, nicht um schwache Ziele der Politik!

10. Soziale Gerechtigkeit

Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz bedingen sich immer stärker gegenseitig. Das eine bricht ohne das andere zusammen oder ist nicht umsetzbar. Darum hier abschließend ein Beitrag zur Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit im Zusammenhang mit dem Klimaschutz in Nürnberg.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Von P. Dr. Jörg Alt SJ, Ukamazentrum der Jesuiten für die sozial-ökologische Transformation

Dieser Aspekt war mit gutem Grund der Abschluss des Papiers „Nürnberg muss handeln 1.0“: Es war den Autor*innen bewusst, dass Klimaschutz und -anpassung viel Geld kosten wird und dass deshalb sichergestellt werden muss, dass die Kosten nicht jenen aufgebürdet werden, denen die Bewältigung ihres Alltags ohnehin schon am schwersten fällt – auch finanziell. Entsprechend ist soziale Gerechtigkeit die notwendige, komplementäre Ergänzungsdimension für JEDE direkte und indirekte Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahme.

Als Beispiel soll hier lediglich die **Forderung „Gegenfinanzierung für die Entlastung niedriger und geringer Einkommen“** behandelt werden.

Konkret: Ernährungswende. Hier ist es unvermindert so, dass viele Haushalte sich „regional, saisonal und bio“ gar nicht leisten können, weil Produkte aus industrieller und/oder Massentierhaltung schlicht günstiger sind. Möchte man also jeden Haushalt in die Lage versetzen, „regional, saisonal und bio“ kaufen zu können, braucht es eine gezielte Unterstützung dieser Produkte. Dies kann vielfältig geschehen, etwa durch das Senken von Preisen:

- Subvention von Essen in städtischen Institutionen für Menschen, die sich normale Preise nicht leisten können,
- Gezielte Subventionen für Erzeuger dieser Produkte durch die Landespolitik, damit diese Erzeugerpreise sinken können.
- Senkung der Mehrwertsteuer auf diese Produkte, Erhöhung der Mehrwertsteuer auf konventionelle Produkte durch den Bundesgesetzgeber.

Die sozial gerechte Förderung des Richtigen kann auch durch verstärkte finanzielle Unterstützung dieser Haushalte geschehen, wenngleich dies v.a. in Zuständigkeit des Bundes und Landes fällt, etwa:

- Umverteilung von Erlösen aus dem steigenden CO₂ Preis nach Schweizer Vorbild. Dies hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag auch mit dem „Klimageld“ auf den Weg gebracht, durch das

große Einkommen belastet und niedrige Einkommen entlastet würden. Die Umsetzung scheitert jedoch an den Begehrlichkeiten verschiedener Ressorts, weshalb Bürger*innen höhere Kosten ohne Entlastung haben.

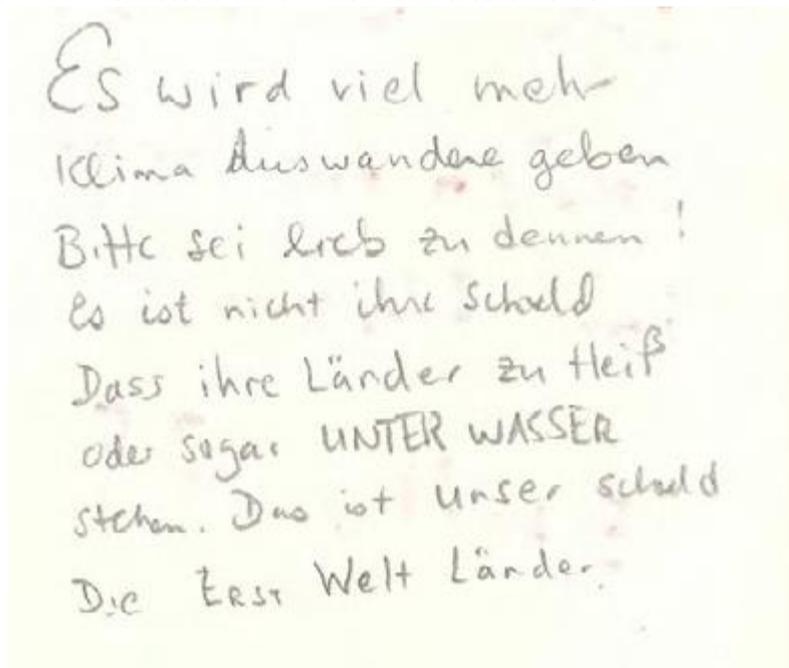
- Reiche Privatpersonen übernutzen überdurchschnittlich die natürlichen Ressourcen. Es gäbe eine Fülle von Möglichkeiten für eine gerechtere Lastenverteilung und/oder die Förderung von sozialem oder klimatechnisch saniertem Wohnungsbau, etwa durch höhere Einkommenssteuern (Bundeszuständigkeit) oder Vermögensbesteuerung (Länderzuständigkeit). Beides ist nicht im Gespräch, im Gegenteil: Bayern plant sogar die Abschaffung der Erbschaft-/Schenkungssteuer.

- Gut Verdienende sind auch sonst vielfach im Vorteil, etwa durch die Nutzung von öffentlichem Raum für das Parken von Autos. Kommunen wie Nürnberg, die eine Parkraumbewirtschaftung nach Größe und Verbrauch erwägen, werden von der Landesregierung ausgebremst, obwohl die Bundesebene entsprechende Hindernisse beseitigt hat.

Wir fordern deshalb unverändert eine sozial gerechte Klimapolitik, insbesondere durch eine gerechte Lastenverteilung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

Was kann ich als Bürger tun?

- Parteien unterstützen und wählen, für die der soziale Ausgleich („Gerechtigkeit“) nicht nur eine hohle Phrase, sondern Priorität ist
- Mich über die Ungleichverteilung der Vermögen in diesem Land informieren und dagegen auf die Straße gehen, mit anderen demokratischen Gruppierungen
- Ehrlich anerkennen, dass ohne höhere Unternehmens-, Kapital-, Erbschafts- und auch Lohnsteuern nicht mehr umverteilt werden kann.



Mehr haben ist kein Fortschritt -
weniger versträuben ist keine Armut !

Wenn wir alle mit den Veränderungen beginnen, die
uns leicht fallen, ist ein Anfang gesetzt und
wer einmal in Bewegung ist, bekommt Lust auf mehr
und macht die Erfahrung, dass das Leben nicht
ärmer wird.

Nürnberg will Wandel!

Wir danken allen klimabewegten Akteur:innen, welche ihre Arbeit, ihre Meinungen und Visionen in diesem Forderungskatalog geäußert haben. Ebenso danken wir der Ortsgruppe von Fridaysforfuture, welche 2020 mit ihren Forderungen den Grundstein für dieses Papier gelegt haben. Zuletzt möchten wir uns bei über 500 Kirchentags-Besucher:innen bedanken, dass sie sich bzgl. der Klimakrise öffentlich geäußert haben und einen Schatz an Gefühlen und Gedanken erschaffen haben.

Weitere Informationen und Neuigkeiten unter:

www.nuernbergwillwandel.de

Impressum:

Redaktionelle Arbeit:

Norbert Dischinger, Jörg Alt, Erik Stenzel

Layout:

Erik Stenzel

Grafik und Design:

Roland Mietke